

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 10 Pfennig. Sonntagsausgabe 2.00 Mark. durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Kommunistischer Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle, Vertriebsstelle 14.

Abbestellungspreis: 12 Pfennig für den Vierteljahr, 36 Pfennig für den halbjährigen, 1.20 Mark für den jährlichen. Manuskripte zu richten nach Halle, Vertriebsstelle 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Zeitung: Arbeiter-Kommunistischer Verlag. Halle. Vertriebsstelle: Halle. Vertriebsstelle: Halle. Vertriebsstelle: Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 5. April 1927

7. Jahrgang Nr. 80

Hinein in die Front für den Achtstundentag!

Heraus aus den Betrieben nach 8 Stunden!

(Eigener parlamentarischer Sonderbericht)

Berlin, 4. April.

Im Plenum des Reichstags ging am Montag die Debatte über das „Arbeitszeit-Gesetz“ des Bürgerblocks weiter. Als erster Redner kam der Schlichterredner der großindustriellen Schaffhäuser, der volksparteiliche Abg. Dr. Besser, zum Wort, der bittere Tränen des „Bedauerns“ darüber ergoß, daß alle sozialen Verträge, die jetzt zum Abschluß gelangen, stets zu Kampfbildern zwischen verschiedenen „Klassen“ gemacht würden. Unter Gelächter der Linken und Unruhe im Zentrum las der Redner den Brief eines ostpreussischen Industriellen an den Berliner Arbeiter, worin er schreibt: „Wenn die Arbeitszeit noch mehr verkürzt wird, dann weiß ich nicht, wie ich die Zeit bis zum Schlafengehen verbringen soll.“

Die Stellung der Kommunisten legte der Genosse Kädel dar. Er stellte die Frage des Achtstundentages bzw. der 42-Stunden-Woche als

eine Frage des Kampfes für die soziale Revolution, ihrer Durchführung und der Sicherung ihrer Erfolge.

Genosse Kädel

führte aus:

Wenn die deutsche Arbeiterschaft heute mehr denn je die Forderung auf den Achtstundentag erhebt, so ist das ein Zeichen dafür, daß sie wieder den Kampf für eine Forderung aufnehmen will, die von jeher

die wichtigste Forderung des proletarischen Klassenkampfes war. Nicht nur die Arbeiterklasse Deutschlands, sondern der ganzen Welt führt den Kampf um den Achtstundentag als einen Kampf um die Erhaltung der proletarischen Existenz in jeder Hinsicht. In Deutschland hatte die Novemberrevolution den Arbeitern mit einem Schlag die achttündige Arbeitszeit gebracht, ohne daß damit eine Reduzierung des Arbeitseinkommens verbunden war. Die deutschen Arbeiter lebten in der Vorstellung, daß dieser Erfolg nun für alle Zeiten gesichert ist. (Zuruf bei den Komm. und Red.) Wir Kommunisten, wir damaligen Spartakisten, haben damals der Arbeiterklasse schon zugeredet:

Es gibt so lange keine Revolutionserrungenschaft, solange ihr keine Revolution macht, und die soziale Revolution läßt sich nicht mit der Beendigung des Krieges ab, sondern mit der Verwerfung der Kapitalisten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wie sieht es in den Betrieben aus?

Ich habe hier außer den Erhebungen der Gewerkschaften über die Arbeitszeit auch noch einige andere Darstellungen. 3. B. einen Bericht aus 50 Orten mit 234 Metallbetrieben.

Dort machen 155.573 Arbeiter wöchentlich 1.167.751 Überstunden.

Im Donnersbrüder Kupfer- und Drahtwerk wird wöchentlich normal 50 Stunden gearbeitet. Trotzdem arbeiten von den 1320 Arbeitern noch 530 Arbeiter 9122 Überstunden in der Woche.

In den Gemeindebetrieben sieht es nicht viel besser aus. Wir haben einen Bericht aus 19 Orten, in denen 14.620 Arbeiter wöchentlich 33.517 Überstunden leisten. (Hört! hört! b. d. Komm.)

Was steht dieser Überstundenhünderei an Gegenleistung der Unternehmer gegenüber?

Nicht in einem Fall wird für diese Überstunden ein Zuschlag gegeben. (Hört! hört! b. d. Komm.) Diese Überstunden werden meistens unter Beugnahme der Bestimmungen der Verordnung vom 21. Dezember 1923 verlangt. „Nacht es Euch nicht, ihr Arbeiter, denn für Euch gehen. Wir bekommen für jeden von Euch zehn andere.“ Das ist das Wort der Kapitalisten, wenn sich die Arbeiter gegen eine solche skandalöse Behandlung wehren. Genosse Kädel geht ausführlich auf die Überstundenhünderei im Steinkohlenbergbau weiter ein. Die Folge dieses Antreibens und Überforderungs ist eine ungeheure Steigerung der Unfälle.

Die Unglücksfälle stiegen auf einzelnen Zechen innerhalb drei Monaten um nahezu das Doppelte. (Hört! hört! b. d. Komm.)

Genosse Kädel geht nunmehr näher auf die „Nachtge“ der Industrie ein. Er weist dabei nach, daß im Steinkohlenbergbau im Jahre 1926 bei gleich hohem Förderpreis pro Kopf der Bergarbeiter weit mehr gefördert wurde als 1913. Pro Kopf und Schicht des Arbeiters ergeben sich

im Oktober 1913 = 330 Kilogramm Kohle, im Oktober 1926 = 1190 Kilogramm Kohle.

Die eminent gesteigerte Ausbeutung drückt sich auch in der Zahl der Unfälle aus. Im ganzen Jahre

1913 waren auf 1000 Bergarbeiter 165,5 Unfälle im Jahre 1925 = 495 Unfälle, im Jahre 1926 (in neun Monaten) = 212 Unfälle

zu verzeichnen. Und wie in den Bergbetrieben, so ist auch in den übrigen Industrien die Steigerung der Unfälle ganz ungeheuer. In diesen Zuständen in der deutschen Industrie darf nicht achtlos vorbeigegangen werden. Wir sind keine Maschinenlurmer. Aber es muß mit dem paradoxen Zustand ein Ende gemacht werden, daß die Segnungen des menschlichen Fortschritts, die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Händen des gewissenlosen, ausbeuterischen Unternehmertums zu einem Fluch für die Menschheit werden.

Die Intensivierung der Arbeitsleistung und gesteigerte Produktivität der Betriebe muß unbedingt zu einer Verkürzung der Arbeitszeit führen.

Wir haben schon bei der Behandlung der Erwerbslosenfragen verlangt, daß man die Arbeitszeit unmittelbar herabsetzen soll, um an den Wertstellen den Erwerbslosen Platz zu machen. Wir haben das weitere einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Arbeitern die Arbeitszeit bringen soll, die für ihn das gegebene ist. Nun hat der Reichsarbeitsminister davon gesprochen, daß er diesen unseren Gesetzentwurf geteilt dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen will. Sehr gern überlassen wir das Urteil über unseren Gesetzentwurf der Öffentlichkeit. Diese hat ihr Urteil gesprochen, indem sie in den Kampf tritt zur Erreichung einer Arbeitszeit, wie wir sie fordern. (Stimmliche Zustimmung b. d. Komm.) Das ist das beste Urteil, Herr Arbeitsminister! Ihnen wird es nicht gelingen, die Arbeitszeit in demselben Maße für die Arbeiterschaft zu begrenzen. (Sehr gut! b. d. Komm.)

Genosse Kädel bespricht nun das Gesetz in eingehender Weise und weist nach an konkreten Beispielen, wie dieses Arbeitszeitgesetz ebenso wie die Arbeitszeitverordnung zur Verlängerung der Arbeitszeit benutzt werden.

Welche Möglichkeiten sind überhaupt gegeben, um den

Kampf für die Herabsetzung der Arbeitszeit

voranzutreiben? Bei der Untersuchung dieser Frage müssen wir uns selbstverständlich auch mit dem

Gesetzentwurf des AGWB.

befassen, von dem der Arbeitsminister sagt, daß er den starken Achtstundentag fordert. Dagegen muß ich denn doch den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten verteidigen. Der Gesetzentwurf der

Sozialdemokraten würde keinesfalls den starken Achtstundentag bringen. Er bewegt sich durchaus in demselben Rahmen, in dem sich das „Achtstundengesetz“ des Bürgerblocks bewegt. Der Arbeitsminister hat sicherlich den sozialdemokratischen Entwurf sehr genau studiert, bevor er sein eigenes „Achtstundengesetz“ entworfen hat. Das A und O der Arbeitszeitpolitik der reformistischen Gewerkschaften führt immer noch der Schlichtungs ausschuss, der Arbeitsminister und die ihm nachgeordneten Aufsichtsbörden, die doch immer im Sinne der Unternehmer entscheiden. (Sehr richtig! b. d. Komm.)

Die Sozialdemokraten schweigen sich über die praktischen Kampfmaßnahmen gründlich aus. Sie sagen den Arbeitern nicht: Verlaßt nach acht Stunden den Betrieb. Wartet man den Achtstundentag erkämpfen, dann darf man nicht nur die Lippen spiken, dann muß auch gepfeifen werden. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Wir Kommunisten rufen deshalb den deutschen Arbeitern zu:

Hinein in die Kampffront für den Achtstundentag! Heraus aus den Betrieben nach acht Stunden! Acht Stunden ist genug geworden!

Nach der wichtigen Rede des Genosse Kädel konnte der Arbeiterminister zu kommen. Genosse Kädel habe übertrieben. Die Überstundenzuschläge hängen nicht nur auf dem Papier. Den Zuschlag sollten nur die Arbeiter nicht erdulden, die die Vorbereitungs- oder Aufräumungsarbeiten vor oder nach der allgemeinen Arbeit zu verrichten haben.

Nach weiterer unentschiedener Debatte wird die Aussprache geschlossen und das Arbeitszeitgesetz dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des

Wahlgesezes zur Sozialversicherung.

Ein Zusatzantrag Richter wird abgelehnt und das Gesetz darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt sodann die Beratung eines sozialdemokratischen Initiativantrages, der die Neuerrichtung von Innungserntestellen verbietet und dritter Lesung angenommen. Der Sozialpolitische Ausschuss hat beschlossen, diesen Antrag abzulehnen. Statt dessen beantragt er die Annahme einer Entschädigung, die die Verweigerung von Aufträgen, keine Genehmigung zur Errichtung lebensunfähiger Kranenstellen zu erteilen.

Nach kurzer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der SPD, des AGWB, abgelehnt. Der Zusatzantrag wurde angenommen.

Wer hat das Blutbad in Nanjing provoziert?

Heraus zum Kampf gegen die Militärintervention der Imperialisten in China!

(Zusatzbericht) Peking, 3. April.

Die internationale Arbeiterdelegation in China richtet an alle Arbeiter- und Bauernorganisationen der Welt folgenden Aufruf:

Eine große Gefahr bedroht das Volk Chinas. Der britische Imperialismus bereitet von neuem eine militärische Intervention vor. Verschiedene Dile sind bereits von seinen Kriegsschiffen bombardiert worden. Durch schamlose Provokationen versuchen sie, die anderen imperialistischen Mächte auf ihre Seite zu ziehen, um ihr Ziel zu erreichen, die chinesische Revolution zu zerstückeln.

Die Schwärzung der britischen Imperialisten, daß in Nanjing Gewässer von Nationaltruppen gesäubert werden, dient zum Vorwand für eine militärische Intervention und ist eine absolute Lüge.

Die Morde in Nanjing wurden von Rechtsgelassen, die von den Imperialisten mit Geldmitteln unterstützt waren, und von den geschlagenen Nordmilitärien verübt.

Die Wahrheit ist, daß die britischen und amerikanischen Kriegsschiffe Nanjing bombardiert und dabei mehr als hunderttausend schuldlose chinesische Männer, Frauen und Kinder getötet haben. Das Blutbad in Nanjing ist nur eine weitere Entwicklung der wiederholten Provokationen der britischen Imperialisten während der letzten Monate in allen Teilen Chinas, um eine militärische Intervention zu rechtfertigen.

Nach den schrecklichen Gemeteln von Shanghai, Schanghai und Wuchang und Peking ist das letzte Blutbad von Nanjing nur eine schamlose Wiederholung der verbrecherischen Politik des Imperialismus in China.

Die bewaffnete Intervention des britischen Imperialismus in China trägt den Keim ungeheurer Gefahren nicht nur für das chinesische Volk in sich, sondern auch für die gesamte Menschheit. Die bewaffnete Intervention des britischen Imperialismus in China wird ein Signal zu einem neuen Gemetzel, zu einem neuen Weltkriege werden.

Unter diesen tragischen Umständen ruft das chinesische Volk auf die unmittelbare Aktion des internationalen Proletariats, um die bewaffnete Intervention und deren Folgen zu verhindern.

Zwei Monate lang hat unsere Delegation Hunderte von Arbeiter, Bauern, Kaufmanns, Studenten- und Frauenorganisationen sowie die Nationalarmee und die Kommunistenpartei in Süd- und Mittelchina besucht und ist überall mit der größten Begeisterung aufgenommen worden. Das chinesische Volk, von dem wir unmittelbar mit Hunderttausenden zusammengekommen sind und gesprochen haben, kämpft heldenhaft um seine nationale Befreiung und strebt ein wirksames Bündnis mit der Arbeiterklasse der gesamten Welt an. Unsere Delegation hält es für ihre gescheiteste Pflicht, die vom Imperialismus am chinesischen Volk verübten Verbrechen anzuräumen und einen Warnungsruf gegen die unmittelbare drohenden Gefahren auszusprechen. Wir fordern Euch dringend auf, alle eure Kräfte und das gesamte Proletariat zu mobilisieren, um das schamlose Verbrechen zu verhindern, das die Imperialisten zu begehen im Begriffe sind.

Die internationale Arbeiter-Delegation:

Tom Mann (Großbritannien), Broder (Vereinigter Staaten), Doriot (Frankreich).

Einen einzigen Sumpf entfällt der Blauener Stresemann-Prozess

Nach kurzer Pause trat das Gericht zur weiteren Verhandlung des Bescheidungsprozesses des Ministers Stresemann gegen den württembergischen Reichsanwalt Müller zusammen. Bezeichnend für den Geist der Verhandlung ist folgender Zwischenfall: Bei einem Ausstieg in der Nähe von Blauen überfielen Wölfe einen zur Prozessbegleitung anwesenden Berliner Journalisten. Der Überfallene wurde überliefert.

Zu Beginn der Montag-Verhandlung beantragte der Verteidiger des Angeklagten, den württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Feldenthal darüber formell nachzufragen, ob er Verurteilungen mit der Gewährung eines Gefängnisstrafs unterlassen habe. Ferner soll festgestellt werden, ob Stresemann ein Anteil an der Kommandogemeinschaft Witton & Co. von 20.000 auf 38.000 Mark erhöht worden ist. Im Jahre 1919/20 habe der Gewinn der Gesellschaft 19 1/2 Millionen Mark betragen. Der nächste Zeuge, Kaufmann Friedrich Kraus, Berlin, verbreitet sich zunächst über eine Schrotanlage der Firma Birch & Co. bei der 300 Wagons in Berlin, Dresden und Breslau beschlagnahmt wurden. In Dresden lag er auch die bemängelten 20 Wagons, in denen sich keine italienische Munition, sondern deutsche Infanteriegeschosse befanden. Ein Exporator Kriegsmaterial nach Polen (gegen Sowjet-Rußland) verschifft hat, ist ihm nicht bekannt.

Dramatisch gestaltet sich die weitere Vernehmung des Zeugen Kraus, der schließlich zusammenfassend erklärt, daß kein Geldgeber für die beschriebenen Affären, die schon in der Affäre Kalmann-Kraus eine Rolle gespielt haben, die Deutsche nationale Volkspartei sei und zwar die offizielle Stelle, der Hauptgeschäftsführer Dr. M. Weig.

Durch ein lautes Krachgeschrei stellt sich dann heraus, daß Kraus verurteilt hat, durch Verkauf der Aktien an Politiker Geld zu erhalten und tatsächlich von der Deutschen nationalen Partei, und zwar durch den Oberregierungsrat Goebel, 5000 Mark für „Mitarbeit an der „Vorfahrt“ erhalten habe.

Die ganzen Einzelheiten dieses Standardprozesses interessieren die Arbeitererschaft nur insofern, als sie erneut den Beweis für den engen Zusammenhang zwischen Parlamentarismus und Korruption belegen. Wir werden in den nächsten Tagen ausführlicher auf diese Zusammenhänge eingehen.

Der Zeiger „Vollsbote“ abermals der Lüge überführt

In seinem Kommentar zur Lohnbewegung in der Zeiter Metallindustrie behauptet der Zeiger „Vollsbote“ vom 4. April, daß der „Kassentamp“ wieder einmal „Eigengedank“ getrieben hätte. Damit jeder Arbeiter selbst beurteilen kann, was es für eine Bewandnis mit diesen Behauptungen hat, drucken wir hier die Schimpfpannade des „Vollsbotes“ und die Feststellungen des „Kassentamp“ nebeneinander ab:

„Vollsbote“ vom 4. April: „Kassentamp“ vom 2. April: Das heilige kommunistische Organ behauptet in seiner Sonnabendnummer, der „Vollsbote“ habe jede Mitteilung über die Lohnkämpfe der Zeiter Arbeiter vernichten lassen. Dabei berichten wir bereits zwei Tage vor dem „Kassentamp“ über die Lohnbewegung der Zeiter Industriearbeiter. Es kommt diesem Blatt eben nur darauf an, mit Hilfe einer erdumfliegenden Lüge seine kommunistischen Parteigänger zu betreiben.

Merkt Ihr den Eigenwitz? Der „Vollsbote“ legt an Stelle von Kampfhandlungen einfach „Lohnkampf“ und glaubt damit die Arbeiter irreführen zu können. Was wir festgenommen haben, ist, daß der „Vollsbote“ die mit der Lohnbewegung verbundenen aktiven Kampfhandlungen verschwiegen hat, trotzdem er dazu als Zeiger Lokalblatt natürlich schon früher in der Lage gewesen wäre. Verschwiegen wurde die Tatsache, daß die Arbeiter nach acht Stunden die Betriebe verlassen, bereit sind, die Gewerkschaften. Selbst Sonntagabend wurde nur in schwächlicher und schüchternen Form davon berichtet, daß „in einzelnen Betrieben die Arbeiter spontan aus sich selbst heraus die Überstunden verweigerten“. Die glänzende Kampfanzeige der Betriebe auf die Proklamationen der Firma Müller und der Firma Wünsch & Prehsch kommt im „Vollsbote“ nicht zum Ausdruck.

Die Arbeiter werden ihr Urteil fällen.

Nach 8 Stunden aus dem Betrieb!

(Eig. Meld.) Solingen, 4. April. Die Belegschaft der Firma Kieselring & Albrecht, Solingen, hat restlos ihren Beschluß durchgeführt, nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen.

Nachdem der Beschluß gefaßt worden war, hatte der Betriebsrat in einem Antrag im Betrieb mitgeteilt, daß ab Freitag für alle Kollegen der Achtstundentag gelte. Darauf antwortete die Firma mit einem Antrag, daß die Mitarbeiterzeit gemäß Genehmigung des Gesamtrates bestehen bliebe. Ein zweites gegenentworfener Antrag des Betriebsrates wurde von der Direktion abgelehnt.

Einige Minuten darauf war auch die obige Bekanntmachung der Firma von den Kollegen abgelesen worden und nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit wurde der Gesamtbetrieb der provozierenden Firma mit dem Beschluß des Betriebes.

Dieses kampfschließende Verhalten muß von der gesamten Arbeitererschaft nicht nur begeistert aufgenommen werden, sondern es muß für diejenigen Belegschaften, die in der Metallindustrie länger als acht Stunden arbeiten, ein Ansporn sein, endlich mit der Mehrarbeit Schluss zu machen.

Das kampfschließende Verhalten bei der Firma Kühn, Halle, über das wir kürzlich berichteten, hat der dortigen Belegschaft ebenfalls den Achtstundentag gebracht.

Zwei Lodesopfer des Zehntkapitals

(Eig. Meld.) Dortmund, 4. April. Auf der Schachtanlage Enselberg-Bochum Begleiter: Matienscheid, verunglückten in der Nacht vom Sonntag gegen 12 Uhr fünf Bergleute, darunter ein Steiger, tödlich. Bei Untersuchungsarbeiten der Selbstretteneinrichtung eines Blindganges wurde, wie das Oberbergamt mitteilt, der untere Teil des Förderkorbes, auf dem die Bergleute sich befanden, durch zu tiefes Einhängen in den infolge der veranordneten Abschließung teilweise mit Wasser gefüllten Schachtpumpf. An dem nun aufgelassenen Seil waren die Fahrmatten nicht angebracht, was bei dem Stand der Festhalten auch nicht möglich gewesen war. (?) Die amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Auch der amtlichen Mitteilung geht nur allzu deutlich hervor, daß der Tod der Arbeiter durch schwere Unterlassungssünden verursacht wurde.

Neues Blutbad in Schanghai

(Eig. Draht.) Schanghai, 4. April. Die englischen Truppen haben im chinesischen Viertel Schanghais ein neues Blutbad angerichtet. Unter dem Vorwand die Polizei bei einer Demonstration aufrecht zu erhalten, brachen sie aus dem Fremdenviertel in die Göttingstadt und schoßen mit Maschinengewehren in die Menge. Zahlreiche Tote und Verletzte blieben auf der Strecke. In Sonfon haben japanische Truppen mit Maschinengewehren in die Massen geschossen. In Schanghai, nördlich von Nanting, kam es ebenfalls zu einer Schießerei. Durch dieses Blutbad in den einzelnen Städten ist die Erregung der Schanghai Arbeitererschaft aufs äußerste zugeeignet.

Jeng im Vormarsch — Peking bedroht!

(Eig. Draht.) Schanghai, 4. April. Die Armees Jeng Tschang, die mit den Kantun-Truppen zusammenarbeitet, beginnt sich jetzt nach dem Osten in Bewegung zu legen. Durch Vormarsch der Jeng-Armee wird Peking nun aus dem Westen her eingeschlossen, nachdem es durch den Vormarsch der Kantun-Truppen, die bereits Schanghai unmittelbar bedrohen, gefährdet ist. Die Haltung des Gouverneurs der Provinz Jiangsu ist bereits zweifelhafte geworden. Die gelante militärische Lage des Nordens innerhalb der großen Mauer muß als erfüllt betrachtet werden.

Vorbereitung des Ultimatum — Die Antwort: Kantun-Vormarsch

(Eig. Meldung.) London, 4. April. Nach Meldungen englischer Blätter wird die gemeinsame Note Englands, Japans und der Vereinigten Staaten wahrscheinlich noch zu Beginn dieser Woche in Hankau überreicht werden. Ihr Inhalt soll sich fast ausschließlich auf Reparationsforderungen beschränken. Im Falle die Kantun-Regierung weigert, diesen Forderungen nachzukommen, werden die zu ergreifenden Maßnahmen den militärischen Führern in China überlassen. Wie den englischen Blättern aus Schanghai berichtet wird, hat der Vormarsch der Kantun-Armee nach Norden begonnen. Die Mauer zwischen Peking und Sonfon ist bereits durch den Jeng, ohne daß sie bisher

Lodesurteil für litauische Sozialisten

(Eig. Meldung.) Rom, 4. April. Nachdem bereits Anfang dieses Jahres die Litauische-Regierung Smetona-Woldemaras & Co. kommunizieren von einem Feldgericht zum Tode verurteilt ließ, sind neuerdings durch das Feldgericht in Kovno die Angehörigen litauischer Organisationen Melamed und Klapans zum Tode verurteilt worden. Zwei weitere Angeklagte, die ebenfalls wegen verurteilten Mordes vor dem Feldgericht standen, wurden zu lebenslänglichen Zuchthaus verurteilt. Ein weiteres Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus wurde wegen Verletzung von Proklamationen in der Armeeschicht. Bei den Verurteilten handelt es sich um jene Sozialdemokraten und Bolschewisten, die erst vor wenigen Tagen unter der Flagge des Komplotts gegen die Litauische-Regierung verurteilt wurden. Weitere 60 Mitglieder der Oppositionsvereine sind festgenommen und sollen in der nächsten Zeit ebenfalls vor einem Feldgericht abgerichtet werden. Die Urteile haben unter der Bevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Besorgenen Freigeistern haben im Geiste die Bolschewisten, Sozialdemokraten und Mindesten gegen die Feldgerichte protestiert, indem sie den Stängungsfall verurteilten. Diese Kreise glaubten mit einer solchen Proklamation einen Druck auf die Litauische-Regierung ausüben zu können. Nachdem dies nicht der Fall war, ist die Lage überaus gespannt. Man erwartet eine verstärkte Militärdiktatur.

Ein Schlag gegen die Gewerkschaften in England

(Eig. Draht.) London, 5. April. Die Baldwin-Regierung hat das auf dem letzten konventionellen Parteitag beschlossene Antigewerkschaftsgesetz im englischen Unterhaus eingebracht. Es übertrifft die schärfsten Erwartungen aus der durchaus reaktionären Mera Baldwin, die mit dem Achtstundentag im Verband eingeleitet wurde. Paragraf 1 erklärt jeden Streik mit irgendeinem anderen als rein wirtschaftlichen und industriellen Zweck (also Generalstreik oder Sympathiestreik) als illegal. Der zweite Paragraf 2 geht die Verurteilung von Streikbrechern gerichtet und verbietet den Gewerkschaften den Ausschluß aus dem Verbande. Der dritte Paragraf verbietet jedes Mitglied der Gewerkschaften, an derartigen Ausschließungen teilzunehmen. Paragraf 4 verbietet den Gewerkschaften an die Arbeiterpartei, Paragraf 5 verbietet den Staatsbeamten die Mitgliedschaft jeglicher Organisation, deren Hauptzweck die Verbesserung der Lebensbedingungen der Beamten ist. Der Paragraf 6 ist gegen die von Arbeitermehrheit registrierte Städte und Behörden gerichtet.

Die II. Internationale

eine Filiale des Völkerverbundes, kein Kampfinstrument der Arbeiterklasse

Am Sonntag tagten in Paris die Sozialistische und die Gewerkschafts-Internationale. Ihre Konferenzen beschäftigte sich mit dem jugoslawisch-italienischen Konflikt, dem Ereignissen in China und mit dem faschistischen Marsch. Nach längerer Debatte wurde bei den Resolutionen angenommen, in der Resolution zur jugoslawisch-italienischen Frage wird die Anwendung von Artikel 11 des Völkerverbundes, also die Einberufung des Völkerverbundes im Falle eines Krieges oder einer Kriegsandrohung verlangt. Die einzige Meinung dieser Internationale zu den drohenden Kriegskonflikten ist also der Abbruch, als wäre mit dem Völkerverbund der Krieg verhindert werden! Kein Wort über die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr, keine marxistische Analyse der weltpolitischen Situation und des Imperialismus, keine konkrete Kennzeichnung der Aufgaben der Arbeiterklasse.

Die Resolution über die Ereignisse in China tut den Mund weit auf und redet von der Abhängigkeit der ausländischen Vorrechte in China, dem Verzicht auf die Konzessionen und der Zurückziehung sämtlicher Truppen und Kriegesflotte. Das ist ein völliger Wortschwall. Denn für die Mobilisation der europäischen Arbeitererschaft gegen die Interventionen der imperialistischen Mächte hat man auch nur leere Worte übrig. Die Ausarbeitung eines genauen Kampfpianes, so wie es die Kommunistische

„Die Arbeiter müssen ihre Köpfe zusammenrücken und als Klasse ein Stachelgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Elend zu verfallen.“

Marg, Das Kapital.

Der revolutionäre Führer der Kuomintang zurückerlebt

(Eig. Meld.) Schanghai, 4. April. Nach Meldungen des chinesischen Nachrichtenbüros sind die Bemühungen der britischen Propaganda, bestehende Differenzen zwischen dem einzelnen Führer der Kuomintang zu überbrücken und daraus politischen Gewinn zu ziehen, infolge der Rückkehr des ehemaligen Vorsitzenden der Nationalregierung Wang Tsingwei gelichtet. Nach Ansicht, die in der Nationalregierung vertreten werden, bedeutet diese Rückkehr die Befestigung aller Schwierigkeiten und die Befestigung der Kampfpriorität der Nationalbewegung auf allen, d. h. sowohl auf politischem als auch militärischem Gebiet.

Zieberhafte Kämpfungen Englands

(Eig. Draht.) London, 5. April. Die letzten aus Schanghai eingetroffenen Meldungen sprechen von heftigen Kämpfungen Englands in Schanghai. Von einigen liberalen Blättern wird nunmehr bemerkt, für die Stadtbehörden in Schanghai sei sofort Druck verwendet worden, daß er den halben Wert von Schanghai nach London umbringen kann. Über 6000 Meilen Stadtgebiet, 40.000 Soldaten und 30.000 Soldaten sind bisher zum Ausbau der englischen Befestigungen in Schanghai verwendet worden. In Hongkong sind weitere 600.000 Soldaten beschickelt. Die Größe der imperialistischen Truppen in Schanghai ist seitdem auf achtzigtausend Mann zugehört, der Rest von 250 Mann auf je eine Meile, mit dem dazu vorgeschriebenen Reserve.

Übergrreifen der revolutionären Bewegung auf französische Kolonien

(Eig. Draht.) Paris, 5. April. Die Nachrichten von einem Aufstand in Yunnan-Fu, der Hauptstadt der Provinz Künan, die als einzige Kolonie im Silber bisher der Kantun-Regierung jede Gefolgschaft verweigert hatte, beschäftigen sich und haben die Möglichkeit eines Übergrreifens der revolutionären Bewegung von der Küste der Provinz Künan auf die benachbarten französischen Kolonien eröffnet.

Kampfabwicklung durch Schiedsspruch

in der keramischen Industrie

Der Schiedsspruch in der keramischen Industrie ist für verstanden erklärt. Der Spruch entspricht nicht den vom Arbeitgeberverband geforderten Forderungen. Trotzdem haben wiederum die Verbände einander ohne weiteres vor der Verbindlichkeits-erklärung die Hände gestreckt und die Arbeitererschaft zur Wieder-aufnahme der Arbeit aufgefordert. Heute, am Dienstag, soll überall die Arbeit wieder aufgenommen werden. Unter der Arbeitererschaft herrscht heute Erregung, zumal der Spruch, der zuerst bis zum 31. Oktober 1927 gelten sollte, jetzt bis 31. März 1928 festgelegt ist. Die Kampfpriorität nicht nur der Arbeiter, sondern auch der übrigen Metallindustrien des Arbeitgeberverbandes und der anderen Industriezweige wird indes nicht in Frage gestellt, das entgegen der Wünsche der Gewerkschaften eine getrennte Front geblieben wäre. In Wittenberg hatten sich sogar Streikbrecher gefunden.

Diese Vorgänge beweisen, wie dringend die Befestigung einer engen Kampfeinheit zwischen den Betriebsräten, Gewerkschaften und Gewerkschaften und Arbeitererschaften ist. Die Keram-Arbeitererschaft muß weiter gekämpft werden, um überhaupt wieder den Kampf aufzunehmen. Die Arbeiter, Zimmerer und Bergarbeiter, die jetzt unmittelbar vor Lohn- und Arbeitszeitkämpfen stehen, müssen dafür sorgen, daß sie endlich den Weg finden auch über proletarische Verbindlichkeiten hinweg.

Stahlhelmüberfall auf Arbeiter

(Eig. Draht.) Götting, 5. April. Bei einer zufälligen Bismarckfeier am Sonntagabend wurde von einem faschistischen eine Anfrage gehalten, die in den Worten ausklang: „Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis das internationale Geißel zum Teufel gelangt ist“. Die anwesenden Arbeiter ergrieff eine harte Empörung, und sie langten spontan die Arbeitererschaft an. Der Stahlhelm möge sich bis zum Freitag und forderte auf, die Straße zu räumen. Der Stahlhelmüberfall gab den Befehl vorzugehen. Die ganze Stahlhelmeinheit fiel mit Knütteln, Gummistöcken, Schlagringen, Messern und Säben über die Arbeiter her. Es gab außer einigen Verwundeten auch einen Schwerverletzten auf Seiten der Arbeitererschaft.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Wozu? In der Stahlhelmeinheit ist zu lesen, daß die keramischen Arbeiter die Stahlhelme einlegen sind, am 8. Mai nach Berlin zu kommen. Der Stahlhelm ist, wie er immer betont, „friedlich“. Der Stahlhelm will, so behauptet seine Zeitung, am 8. Mai friedlich in Berlin einmarschieren und ebenso ruhig wieder abziehen. Warum wohl werden dann die ersten Saboteure zum 8. Mai nach Berlin geschickt?

Einen Überfall auf Arbeiterführer unternahm in Bad Dürkheim Hitler-Angehörige. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen es auf beiden Seiten durch Schüsse Verwundete gab.

Englische Kriegesche. Chamberlain teilte im englischen Unterhaus mit, daß die Lage für die schnelle Bevölkerung in Nanting normaler und die Haltung der Nationalisten gegenüber den Ausländern und dem ausländischen Eigentum immer feindlicher wird. Die Lage in Hankau ist weniger gespannt, aber eine neue Krise ist im Anzuge. Diesen Meldungen ist die Verlegenheit an die Stirn geschrieben.

Nach Frankreich geht gegen China. Im Auftrag des französischen Außenministeriums hat der französische Gesandte in Peking bei der chinesischen Regierung wegen der Nanting Zwischenfälle Protest erhoben.

Mussolini sucht Bundesgenossen. Zwischen Mussolini und dem zu Besuch in Rom weilenden Ministerpräsidenten fand eine Preisprechung über aktuelle politische Fragen in freundschaftlicher Weise statt. Es wurde ein unparteiischer Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet worden, hinter dem sich nur ein Kriegsbündnis verbergen kann.

Die Wahlen in Solburg brachten den Sozialdemokraten in der Stadtgemeinde zwei neue Sitze, während auf dem Lande die Christlichen einen fünfzehn Zuwachs brachten.

Sowjet-Rußland in Wort und Bild

Das zehnte Jahr der Sowjetmacht — ein Jahr des schöpferischen Aufbaues

In diesem Jahre werden das russische Weltproletariat und die gesamte Arbeiterschaft der Welt den 10. Jahrestag der herrlichen proletarischen Revolution in Sowjet-Rußland feiern. Zehn Jahre Sowjetmacht — zehn Jahre Revolution, Gegenrevolution, Kampf um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung! Die weltgeschichtliche Bedeutung der zehnjährigen Arbeit der Sowjetmacht kann nicht in wenigen Zeilen erschöpfend gewürdigt werden. Jeder Arbeiter, jeder Werktätige muß die Fülle der schöpferischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Taten des russischen Proletariats eingehend kennen. Aus diesem Grunde werden wir im „Klassenkampf“ von heute an in regelmäßigen Zeitabständen eine Besondere Sowjet-Rußland in Wort und Bild“ herausgeben. Während die bürgerliche Presse tagtäglich alberne Sensationsmeldungen und Lügennachrichten über Sowjet-Rußland veröffentlicht, und die sozialdemokratische Presse, geleitet vom irrsinnigen Haß gegen die proletarische Republik, die bürgerliche Presse womöglich noch übertrumpft, wird es unsere Aufgabe sein, das Wort und die Taten unserer russischen Arbeiterbrüder, der kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung festzuhalten und zu lassen. Sie sprechen für sich selbst.

Frühling in Moskau

Von Charles Willeigh.
Deutsch von Hermynia Zur Mühlen.

Frühling in Moskau. Ein Frühlingmorgen. Endlich brach der Winter aufzuweichen, verschwunden ist der letzte Schnee. Die letzten grauen Wasser des toten Schnees auf den holprigen Wegen sind eingetrocknet.

Durch das Doppelfenster tönt eine Vogelstimme. Ich höre sie, im Bette liegend, die schwere Decke auf den Boden geworfen. Nicht viel weiß ich von Vögeln, verfolge wenig von der Natur, aber dies bedeutet den Frühling.

Die Milchmädchen am Fuß der Treppe lachen hell über meine russischen Worte, die gleichen Worte, die ich allmorgendlich spreche. Sie lachen, weil Frühling ist. Keine Schritten mehr auf den Straßen. Alles ruht auf Nadeln. Die grünen und goldenen Kuppeln der Fabriken sind frisch gewaschen im Morgenlicht. Die Türme von Moskau ringen unter dem neuen Himmel im Chor. Aber kein Lied von Jesus; der ist tot. Sie ringen um lebenden Frühling.

Rosa und grüne Säulen, goldene Türme und zu ihnen polsend rosa Hemden, grüne Hülsen, blaue Hülsen. Und auf der schwarzen Spitze der Alleebäume kleine grüne Triebe.

Mit offenem Mund schreien die Arbeiter die Straße entlang, krinten die stöhlische neue Luft. Radrennen sind auf. Soldaten kommen. Da, Bruder, nun braucht ihr die Ohrflappen nicht länger. Befehligt sie oben an der Mütze, über dem großen roten Stern, der Euch den Weg weist.

Gras kriecht aus der Erde. Der Schnee ist verschwunden, zertrüben ist der weiße Einbindling von den Frühlingstagen roten Seeren. Unsere Genossen, die Sonne, ist hell bei der Arbeit. Sie scheint auf die glänzenden Gesichter des Kreml, auf den fetten Traktor, der auf der Straße dahin waddelt, geleitet von Enten- und Dreschmaschinen, von Pflügen und Eggen. Die Maschinen saugen ein die Sonne, Kraft zu schöpfen für das Ringen mit schwarzen Schollen und goldenen Feinern.

Die Sonne scheint auf den breiten Platz und legnet die Toten, die hier ruhen. Sie bemalt von neuem die große Fahne, flatternd über dem hohen Palast, glanzvolle Kühnheit, schwarz abgehoben vom Himmel.

Der Frühling trinkt in Millionen kleinen Gläserchen die Sonne. Am Meer sprengende Keiter. Fort mit den Kleibern und dem Gefährt der Pferde. Hinein ins Wasser, plätschert freudigen Dank dem Frühling. Scherzt mit den klugblühenden Müttern, die am Meer Wäsche waschen.

Legt die Trommeln rollen, ihr Knaben und Mädchen. Marschiert sagend durch Moskauer Straßen, den Frühling zu grüßen. Singt, es ist Frühling! Die dunkle Erde grünt. Die dunkle Erde grünt der ganzen Welt blüht rot. Legt die Trommeln rollen, mutige Genossen des Frühlings. Legt eure Stimmen zu einer Stimme pergeselstern: Frühling ist es in Moskau!

Das Diktaphon

Von M. Gorki.
(Deutsch von Eugen W. Möbes)

Ich, was für ein schäres Volk die Amerikaner sind! — Wieviel wunderbare Erfindungen, wieviel große Erfindungen sie gemacht haben! — Dampf, elektrische Kraftmaschinen, die Drehung der Erde um ihre Achse — all dies ist erdacht und erfunden von Amerikanern und teilweise von Engländern.

Und jetzt von neuem — bitte schön! — haben sie schon wieder die Menschheit beglückt: der Welt eine besondere Maschine geschenkt — das Diktaphon.

Selbstverständlich kann es sein, daß diese Maschine vor längerer Zeit erfunden worden ist, aber uns — uns hat man sie eben erst geschenkt! — an einem feierlichen und bemerkenswerten Tage.

Eine Unmenge Volk hätte sich verammelt, um sich diese Karität anzusehen.

Der von allen tief verehrte Konstantin Iwanowitsch Derew-

jatschkin nahm dem Apparat den Überzug ab und wuschte ihn ehrfurchtsvoll mit einem Lappchen ab.

Und in diesem Augenblick haben wir uns selber überzeugt, was für ein genialer Genie ihn erfunden hatte. Wahrhaftig: eine Unmenge von Schrauben, gewaltigen und geistreichen Verbindungen sprangen uns in die Augen, es war uns sogar wunderbar, zu denken, daß diese Maschine, die so zart und zierlich aussehend, wirklich arbeiten und ihren Zweck dienen kann.

Oh, Amerika, Amerika, was für ein großes Land du bist!

Als die Maschine von allen beäugt worden war, sprach der von allen lieberehrte Genosse Derewjatschkin einige einleitende Worte über den Nutzen der genialen Erfindungen, nachdem er anerkennend der Amerikaner gedacht hatte.

Darauf begann man mit den praktischen Experimenten.

Alle nahmen wahr, wie gewaltig und genial diese Erfindung war.

Nur schade, daß diese Maschine sich als etwas geräuschlos und für heftigere Geräusche ungeeignet herausstellte. — So, als beispielsweise Konstantin Iwanowitsch aus seinem Mäuser einen Schuß abgab — selbstverständlich nicht in die Sprachröhre, sondern

sojungen leitmärts von ihr, um für die Weltgeschichte den Schall eines Schusses auf der Waage festzuhalten, stellte es sich heraus, daß die Maschine nachgab und nicht mehr funktionierte.

Dadurch begannen die Vorleser der amerikanischen Erfinder und Spezialisten etwas zu erlärten und zu lüften.

— Im übrigen aber, bleiben deren Verdienste gewaltig und bedeutungsvoll vor dem Gesicht der Menschheit . . .



Die Wahlen in der Sowjetunion

Die Wahlen in der Sowjetunion sind abgeschlossen. Trotz des Gehörges der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse hat sich herausgestellt, daß der Einfluß der Kommunisten im stetigen Steigen begriffen ist und daß die Wahlbeteiligung unimmi.

Unter Bild zeigt die Wahl am Stadtsowjet von Swerdlowski (K. Katarinburg), der Hauptstadt des Uralsgebietes. Die Eisenbahndirektoren vor der Wahl ihres Delegierten werden vom Wahlkomitee registriert.

Kulturreben in Sowjet-Rußland

(D. E.) Ein Antiquar in Kiew hat durch einen glücklichen Zufall eine größere Zahl von Briefen des berühmten Revolutionärs Peter Kropotkin erwerben können. Der Inhalt der Briefe bezieht sich auf die Ereignisse der russischen Revolution von 1905.

(D. E.) Die technischen Hochschulen Leningrads werden in diesem Jahr zum erstenmal eine Gruppe von Studenten, die die Hochschule absolviert haben, zu Fortbildungszwecken nach Deutschland und nach England delegieren.

(D. E.) Die Russische Akademie der Wissenschaften hat an der Küste des nördlichen Teils des nördlichen Eismers eine meteorologische Station einrichten lassen. Von hier aus sollen die Eisverhältnisse beobachtet werden, weil demnächst die Öffnung der Schifffahrt zwischen Wladiwostok und der Mündung des Lena-Flusses bevorsteht.

Goldfunde in Rußland. Im Stromgebiet des Aldan in Sibirien auf dem 58. Breitengrade ist von einer russischen geologischen Expedition ein neues Goldgebiet entdeckt worden. Man rechnet auf sehr ergiebige Goldvorkommen.

In Leningrad ist mit dem Bau von 40 neuen Wohnhäusern von 4 bzw. 5 Stockwerken begonnen worden, um der Wohnungsnot entgegenzutreten.

Im Gebäude der Akademie der Wissenschaften in Leningrad findet eine Ausstellung der Theaterkunst orientalischer Völker statt. Betreten sind China, Japan, Indien, Tibet, Persien und die Türkei. An der Eröffnungsfesterei nahm u. a. auch der deutsche Generalkonsul teil. Die Sowjetpresse meint, daß eine ähnliche Ausstellung noch niemals in einer europäischen Stadt gesehen worden sei.

(D. E.) Einrichtung einer Gemäldegalerie für Sibirien. Es ist die Gründung einer Gemäldegalerie für Sibirien in Aussicht genommen worden, die vermutlich in Nowosibirsk untergebracht werden wird. Einstweilen ist eine Kommission mit der Sammlung und dem Ankauf geeigneter Gemälde beauftragt worden. In Nowosibirsk wurde eine Gemäldeausstellung veranstaltet, wobei die Kommission 45 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen ankaufte, die sämtlich von sibirischen Künstlern ausgeführt worden waren. Als besonders bemerkenswert wird ein großes Bild „Die Freiheitskämpfer“ von Tjuktschen bezeichnet. Die Ausstellung wird jetzt alle größeren Städte Sibiriens besuchen.



Abstimmung der Wahlbesammlung der Moskauer Tabakfabrik „Dukat“



Präsidium des neu gewählten Rayonsowjets im Industriebezirk von Kschjstym (Uralgebiet)

Verhinderung der Statberatung

Die Oberlofen künden. Benutzungs schon beim Ordnungsbrot und bei der sozialdemokratischen Statberatung. Deshalb wollen sie Feiertagsruhe und Seelenfrieden. Und vor allem keine Befehlsmacht mit der Durchsetzung des Haushaltsplans. So durch, daß Bürgerklub und SPD, es geflern fertig bekamen. Die Statberatung ist nach Herrn Hainisch, Hunderte von Erwerbslosen mangels Mittelbewilligung noch nicht bezogen werden dürfen, ob sie unfreiwillig feiern müssen, fümmer die Herrschaften wenig. Vor Ende Mai wird in die Aufnahme solcher Arbeiten ganz nicht zu denken sein. Aber bis den Feiertagsbedürftigen gibt man sich deswegen keinen Gedanken hin, sondern man beschließt, am die Schuld von sich abzumähen, die Kommunisten als Querschnitt. Besonders Herr Schauburg war es geflern, der gegen die kommunisistische Forderung, mit der Generaldebatte über den Etat bereits am nächsten Montag zu beginnen, heftig polemisierte und dazu für die reaktionären Ordnungsbürokraten zu treffende Anordnungen sein Feld fürchte, daß der Statbrotler Koenig die seine Vorrede zurückzuführen konnte mit dem Bemerten, Herr Schauburg habe alles geflern, was er sagen wollte. Diese Seelengemeinschaft eines kommunisistischen Unternehmers mit einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, kritisiert man wohl am besten im Botschaft, die von der SPD, im Kommuniparlament gehalten wird. Noch in einem anderen Falle hat sich die SPD, geflern in dieser Linie bewegt. Bei der Abstimmung über den kommunisistischen

Protest gegen das kommende Erwerbslosenlofenversorgegesetz, dem selbst von bürgerlichen Mitgliedern die prinzipielle Zustimmung nicht verweigert werden konnte, verlangte die SPD, möglichst rasche Änderungen im Entwurf, um einige von rechts geforderte Änderungen im Entwurf zu verhindern. Diesmal war es Herr Hainisch, der auf diese Weise der Herrschaft der Gewerkschaften, vertreten durch die kommunisistische Fraktion, parlamentarische Kundgebungen entgegensteht, und die rechte Seite, trotz einer so guten Gelegenheit zur Verhinderung dieses sehr unangenehmen Antrages ergriffen zu haben, fümme denn auch begeistert der Forderung nach Verzug zu.

Wie bringen aber gerade diese Abstimmung gemein wäre, geht aus dem Verlauf der Debatte über diesen Punkt hervor. Genosse Hainisch, der den Antrag begründete, zeigte alle Gefahren des kommenden Erwerbslosenlofenversorgegesetzes auf. Es werden eine Umwälzung der Verhältnisse eintreten. So soll die Karambolage verlagert werden und eine Klafflücke der Erwerbslosen stattfinden, ferner die sogenannte Umfaltung, durch die alle Arbeiter gezwungen werden können, in anderen Berufen, z. B. in der landwirtschaftlichen Betriebe, arbeitslos zu sein. Als Genosse Hainisch die Folgen der Verhinderung dieses sehr unangenehmen Antrages ergriffen zu haben, fümme denn auch begeistert der Forderung nach Verzug zu.

Man fümme sich nicht um die Not der Erwerbslosen und verhöre diese dann noch durch einen Antrag, den ausgerechnet der „Angestelltenvertreter“ Merkel im Namen des Ordnungsbüros einbringt und der Befehl, daß unter allen Umständen dem Statbrottrag beantragt werden muß, das das kommende Erwerbslosenlofenversorgegesetz ferner Verhinderung enthalte, wonach die Kommunisten den durch die Verhinderung in Frage kommenden Anträgen zur Verfügung zu stellen haben.

Der fümftige Etat darf nicht katastrophal werden, aber die Erwerbslosen müssen werden. Dieser Antrag und die Unwissenheit des Bürgerklubs waren demnach provokativ, daß Statbrotler Merkel im Namen des Ordnungsbüros sprach, Herrn Merkel und seinen Leuten die Verantwortung erteilte, wie sie sie wohl noch niemals erhalten hatten. Sie wurden gegen auch möglichst still und folgten mit der Stille des hohen Gewissens den Anordnungen. Statbrotler Hainisch stellte sich ausdrücklich hinter den ersten Antrag, der die Statbrotler Hainisch die Dinge liegen noch ernstlich, führte er aus, wie ich aus der Zeitnahme hier glaube festsehen zu müssen. Die Annahme des Gesetzes würde als notwendige Folge eine Befolgung der Gemeinden bedeuten.

Man kann nicht auf der einen Seite den Statbrottrag ablehnen und auf der anderen Seite seine Verhinderung der Gemeinden fordern. Wird dieses Gesetz angenommen, werden die Statbrotler schon sagen, daß die Statbrotler den Gemeinden getragen werden. Deshalb würde ich diesen Antrag weitestgehend lassen. Antragsgeber ist die Klafflücke, die Karambolage und die völlige Verhinderung von der Gemeindeführung. Statbrotler Hainisch empfahl dem Statbrottrag die Verhinderung der Verhinderung.

Nachdem erklärt auch Herr Minister Zustimmung zu dem Statbrottrag. Aber ... er sollte wieder agitieren noch helfen, sondern helfen! Und deshalb soll der letzte Satz, der

Ausbau der Erwerbslosenlofenfrage im Interesse der Erwerbslosen vorliegt, weggefallen werden. Auch Herr Speitt erklärt Zustimmung, möchte aber dem Antrag noch etwas hinzufügen, was gegen unsere Genossen erklären, daß der Antrag deutlich genug ist, was die Erwerbslosen wollen und daß die Verhinderung eine Katastrophe ist. An dieser Stelle wieder Hainisch, der Statbrotler für das Bürgerklub aus, und es wird beschlossen, die Abstimmung zu vertragen.

Unter den noch zur Verhinderung kommenden Fragen nimmt die Verhinderung der kommunisistischen Anträge betriffs der Unterwerfung in Reibeburg einen breiteren Raum ein. Der Statbrotler Reibel hat eine eingehende Erklärung abgegeben, wonach er niemals fümftiges Statbrottrag verweigert hat. Außerdem liegen noch zwei Erklärungen von Statbrotlern vor, die angegeben, daß sie sich nur bei der Bestellung des Aders gefahren hätten, und dann laucht auch eine sehr selbst gemeinte Wendung auf, die auf eine Unterwerfung hätte hindeuten können. Der Statbrotler verspricht, die Sache im Auge zu behalten. Aber das betrifft unsere Genossen bei weitem nicht. Es liegt ebenfalls eine schriftliche Erklärung vor, die vom Bruder des Reibel stammt, und in der es heißt:

„Am heutigen Tage erscheint der Statbrotler Dito Reibel, Reibeburg, und erklärt die in der Statbrottratsversammlung abgegebenen Erklärungen im Falle Reibel Dittich (Vandereiner) wahrung als wahr. Er ist bereit, eine eingehende Verhinderung diesbezüglich abzugeben. Mit mehreren Genossen beneuert Frau Anna Reibel, Will Lorenz, Reibeburg.“ Damit ist zum mindesten erwiesen, daß die Sache noch weiter untersucht werden muß.

Zugefimmt wird dem Ausbau von Straßen auf dem Seidlingensgelände fümftig der Huttenstraße; Vandereiner und Bandausbau in der unteren Leipziger Straße; Erwerb von Märland in der Gemarkung Seeben.

Die Mittelbindung Brunnenanlage soll wieder verpaget werden, und zwar für 18.000 M. Inwieweit Genosse Hainisch verlangt, in zwei Jahren einen Betrag von 17.000 M. zu zahlen, seitens der SPD, und SPD, wird gegen die Verpagung protestiert und verlangt, daß die Sache, die der Stadt kein Geld einzubringen einsteht. Wo der bürgerlichen Mehrheit wird die Magistratsvorlage jedoch angenommen.

Die Erwerbslosenlofenlofen der Gewerkschaften und des Statbrottrats sollen auf drei weitere Monate mit einem Betrage von 14.000 M. inwieweit Genosse Hainisch verlangt, daß der Statbrottrats kein Geld von der Stadt bekomme, da er keine Organisation der Erwerbslosen, sondern der Unternehmer ist.

Die Forderung, den Gesamtbeitrag der Gewerkschaften für die Statbrottrats zu überweisen, wird mit Hilfe der Bürgerklub und der SPD, niedergemittelt.

Die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme. Reich und Staat haben eine Erhöhung des Ortszuschlags (Mittelbindung) für Beamte, Angestellte, Kaufleute, Beamte und Hinterlassene mit Wirkung vom 1. April 1927 an von 100 Prozent auf 110 Prozent der Grundsteuer beschlossen. Diese Erhöhung wirt sich so aus, daß die hohen Beamten mit Gehältern über Gruppe 10 auch die höchsten Mittelzuschläge erhalten, während für die kleinen Beamten und Angestellten verhältnismäßig Summen herauskommen.

Die Arbeiter sind in diese Erhöhung überhaupt nicht einbezogen. Untere Genossen stellen deshalb folgenden Antrag: „Zum Ausgleich der am 1. April in Kraft getretenen Mittelbindung tritt für alle fümftigen Arbeiter, Angestellten und Beamte bis Gruppe 7 eine prozentweise Gehalts- und Lohnaufbesserung ein.“

Schauburg erklärte hierzu, wie von der Tarantel geflogen, diesem Antrag nicht zustimmen zu können, da er für die Arbeiter zu wenig fordert. Doch er den Antrag überhaupt nicht begriffen hat oder nicht begreifen wollte, wurde ihm von unserer Genossen sofort zu Gemüte geführt. Der Antrag verlangt ja ausdrücklich, daß die hier geforderte Lohnaufbesserung von 10 Prozent nur für die Gruppe 7 bis Gruppe 10 in Betracht zu ziehen ist. Herr Hainisch hat den Antrag getrieben, und nur die kommunisistische Fraktion ist für die Lohnaufbesserung der Arbeiter ein. Als dann über die Erhöhung für Angestellte und Beamte abgestimmt wird, stehen auch die Sozialdemokraten mit auf. Der Antrag stellt jedoch zugunsten der Magistratsvorlage. Genosse Hainisch erhielt fümftigen Protest gegen die Gehaltsaufbesserung des Vorlesers, der ohne jede Veranlassung eine getrennte Abstimmung herbeigeführt habe.

Die Behandlung des kommunisistischen Antrages und sein Schicksal.

Wen schließt die „Schuh“polizei? Vor dem Amtsgericht hatte sich die 23 Jahre alte geführende Ehefrau Berta Schaa wegen Widerstands und ruhmverfündenden Tuns zu verantworten. Sie ging in der Nacht zum 23. September mit einer Bekannten die Leipziger Straße entlang und wurde von zwei Herren angehalten. Einer dieser Herren, ein „Herr“, war ein Diplombandist, der ihr auch den Koffein gestohlen hat. Sie ging auf dem Rückweg zum Polizeibeamten und hat ihn, die Personalien des Pöbels festzustellen, damit sie sich für Koffein erlösen lassen könnte. Aber, anstatt die Personalien des Pöbels festzustellen, wollte der Beamte die Bekannten der Angefallenen haben. Sie bekam einen Anfall, und sie am Tage gebracht werden sollte, welche sie sich mit Händen und Füßen. Als sie sich an einem Gitter festhielt, schlug sie der Schupo beamte mit dem Gummihäufel auf die Hände. Doch unter solchen Umständen ist kein Verbrechen vorzuliegen, ist wohl sehr natürlich, daß die Person 21. März gefahren.

Merkwürdig an der ganzen Sache ist, daß der Statbrottrats nicht die Personalien des betreffenden Pöbels, sondern die der Angefallenen feststellen hat, und daß das Gericht dem Ursprung der ganzen Angelegenheit mit keinem Wort Beachtung schenkt. Sehr auffallend ist auch, daß der Täter, um den es sich hier handelt, nicht als Zeuge zur nicht geladen war. Wer antwortet denn nicht eifrigst den Schuß der Pöbels? Die Bandanten?

Warnung vor einem Rodausflüchter Die Kriminaldirektion teilt mit: Seit längerer Zeit treibt ein Mensch hier sein Unwesen, der Frauen und Mädchen offenbar mit einer Femele beherrschte der geführende. Um ihn endlich ungesährlich zu machen, wird er hauptsächlich in größere Menschenansammlungen hinein. Seine Freiheit geht jetzt schon so weit, daß er auch auf freier Straße sein schändliches Vergehen ausübt. Es wird vor diesen Verbrechen eindringlich gewarnt. Er wird sein Unwesen ferner aus dem jetzigen Stadtbereich zu entfernen. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminaldirektion, Zimmer 7, oder während des Jahrmarkts in der Polizeiwache, Wasserturn, erbeten.

Werband des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden

Wir erhalten folgende Zuschrift: Da in diesem Jahre zum ersten Male seit Jahren eine größere Anzahl von Kindern in die Schule kam, mußte auch der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Halle, mit seiner selbständigen Einrichtung der Invalidenheime, die ihm von der Stadt zur Verfügung gestellt sind, sich Gedanken über die Aufnahme dieser neuen Räume in der Burgstraße 47 zur Verfügung. Man muß die Invalidenheime diese Räume mit Einrichtung versehen, damit es den Sozialrentnern nicht an Eingekerkert gefahrt, wenn sie kommen, um sich Rat und Tat zu holen. Darum veranlaßt die Invalidenheime am Freitag, den 3. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspost“ einen fümftigen Werband, zu dem die fümftigen Arbeiterfreunde freundlich eingeladen sind. Dankenswerterweise haben sich die Damenvereine des Arbeiter-Radfahrer-Bundes, „Solidarität“ und die Arbeitervereine zur Verfügung gestellt, so daß ein gutes Programm gebildet werden kann. Der Werband wird die Aufnahme von Beiträgen zum Werband, die die fümftigen Arbeitervereine verwenden werden. Die Sperrstunden finden nach wie vor Mittwochs von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr statt.

Neues aus Nieten

(Arbeiterkorrespondenz) Zur Freude der Belegschaft der Anstalt Nieten, zur Freude des Gewerkschaftsführers und zur noch größeren Freude der Belegschaft der Anstalt Nieten, wurde froh ist, daß die fümftigen ist, ist der Getriebener der Anstalt Nieten, der Direktor Reibeburg, nachdem er die Anstalt Nieten, Wasseroda und M-Scherbis mit seiner Anwesenheit befragt hatte, am 19. März wieder, auf Kosten der Gewerkschaft, in Nieten gelandet. Man weiß, daß dem Wache eines in Nieten anselchenen Oberinspektors gefahren worden ist, so loger der Wunsch des Direktors der Anstalt Nieten, der unserer Anstalt nach selbst einmal von der Verhinderung befragt ist.

Nun zu der Verhinderung vom 16. März. Der Herr Direktor hat uns nun schon veranlaßt, daß der Antrag der beiden Beamten 770 M. folgt. Kann uns nun noch veranlaßt werden, was es kostet, eine 5 bis 6-Zimmerwohnung neu herzurufen? Da doch Inspektor Hainisch in seine abgewohnte Wohnung ziehen wird. Kann uns nun endlich noch veranlaßt werden, was Herr Hainisch für Speien bekommen wird, da er seine Familie nicht gleich mit nach Nieten nehmen kann, und dadurch mehrere Wochen einen getrennten Haushalt führen muß? Für dieses Geld, was hier alles vergeudet wird, könnten wohl die in den fünf Heilanstalten der Provinz beschäftigten 50 Handwerker die 50 Prozent zur Dienstleistung bekommen haben. Die Handwerker der Heilanstalt Nieten bekommen nach dem Bericht des Herrn Direktors in Halle 10 bis 12 M. Gehalt, die fümftigen, welche aber nur bei ganz schmerzlicher Arbeit getragen

hat vor allem einen Grund: die Dünstfängerpolitik der Gewerkschaftsführer, die mit dem Unternehmern im stillen Kämmerlein verhandeln, ohne Fühlung mit den Massen zu nehmen.

Unter den angenommenen Vorlagen befindet sich eine Nachbewilligung von 1000 M. für den „Joo“ und Errichtung einer Festsäle in Eifenach. Beschlossen wird ferner die Streckung der Hausinspektorenkosten für den Wohnungsbau.

Die Bürgerklub wollen kein fümftiges Kranenhaus

Die fümftig vorgenommene Beschäftigung der holländischen Kräfte durch Magistrat und Statbrottrats hat ergeben, daß bezüglich der Unterbringung von Kranken vollkommen unzufriedene Zustände bestehen. Als die Genossen Hainisch und Hainisch von der Beschäftigung vorbrachte, als sie sich gegen das Aufreten des Statbrottrats Sommer von der Invalidenheime wandte, wurden die Beschäftigten auch vor sozialdemokratischen Statbrottrats. Die Statbrottrats lagar eine Anordnung herausgegeben wäre, welche Gänge gefahrt werden müßten um.

Der kommunisistische Antrag, unversichtlich das Statbrottratshaus zu errichten, wurde niedergemittelt, da es dem Statbrottrats nicht um die Beschäftigung der Kräfte zu tun ist, sondern um den Staat ihrer Statbrottrats, um die Wohnung der Kräfte, um die Pensionierung und um den Profit. Dabei kam es sogar noch zu einem Zwischenfall. Genosse Hainisch hatte hervorgehoben, daß die Stadt einen sehr guten Kaufpreis für das neue Kranenhaus hätte, nämlich den Betrag, wo die Provinzialverwaltung hätte hinterommen, wenn sie nach Halle verlegt worden wäre. Genosse Hainisch hat in Provinziallandtag sowohl Herr Bulla als Oberbürgermeister Riese dem Antrag zustimmen, daß die Stadt, in die die Verwallung käme, auch die Kaufkosten dafür zu tragen habe. Ausdrücklich hat Bulla den Genossen Hainisch zur Seite und dann nochmal zur Ordnung. Es war ihm fümftig unangenehm, daß allgemein bekannt wurde, wie die Stadt, wo das Wohl ihrer Stadt in der belagerten Verren der Kommune große Kaufkosten aufweisen wollten.

Nachtragten ist, daß der so lange leergelassene Platz des Krenenhaus fümftig endlich wieder einen rechtmäßigen Nutzer erhält. Genosse August Hertzl wurde als Statbrottratsneter eingeführt.

werden soll. Es ist dies ein blauer Scholleranag, Hofer und Jode, ebenfalls zum Preise von 9 bis 12 M. Die Statbrottrats bekommt ebenfalls mit den Inspektorenstatbrottrats, Jagar, Aufnahme und insofern andere Abteilungen unentgeltlich. Statbrottrats und insofern 50 Prozent zur Dienstleistung. Glaubt der Herr Direktor, daß die Handwerker mehr verdienen als die Arbeiter? Die Handwerker sind zu denselben Bedingungen wie die Arbeiter angestellt, insofern haben sie auch Anspruch auf die Dienstleistung.

Hallische Tageschronik

Ein hallischer Straßenbahnunfall. Der Verkehr auf der Straßenbahn war am Sonntag aufhört des Jahrmarkts sehr lebhaft. 128.000 Personen wurden befördert. Das ist die höchste Zahl von Fahrgästen, die die Straßenbahn jemals befördert hat. Das Regenwetter hat auch seinen Teil dazu beigetragen.

Lebenswunde. Sonntag nachmittag hat sich eine Ehefrau in ihrer Wohnung in der Dendorfer Straße mit Weisigangs vergiftet. Sie war in der Wohnung und hat sich längere Zeit hindurch Selbstmordversuche getrieben. Sie war nennentlich. — Wollen denn?

Die Polizei. Sie regelt den Verkehr. Bei einer Kellerei, die am Sonntag auf dem Jahrmarkt zum Auszug gelangte, erhielt ein Schuppolizeibeamter, der für Ordnung sorgen wollte, einen Schlag auf die Nase und wurde verletzt.

Sinfoniekonzert im Statbrottrats. Das achte (letzte) fümftige Sinfoniekonzert, mit dessen Leitung Generalmusikdirektor Erich Band seine bewährte Tätigkeit wieder aufnimmt, findet am 11. April, vormittags 11 bis 12 Uhr, Sinfoniekonzert 37, Eine ganz ausgezeichnete Aufführung wird erwartet. Zum Vortrag gelangt die vielfach fümftig behandelte achte von Beethoven und die in Halle noch kaum bekannte letzte Sinfonie A-Dur von Bruckner.

Freuenobersche. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird an Heusen II mit Freuenobersche die erste Klasse ihrer dreifünftigen Freuenobersche (Werkschule) eröffnet werden. Die Schülerinnen, die die Unterstufe eines Lyzeums oder einer Studienanstalt mit gutem Erfolg absolviert haben. Die Direktorin des Lyzeums II erteilt Auskunft über Art und Aussehen dieser neuen Schularbeit und nimmt Anmeldungen entgegen am 4., 5., 10. und 11. April, vormittags 11 bis 12 Uhr, Sinfoniekonzert 37, Eine ganz ausgezeichnete Aufführung wird erwartet. Zum Vortrag gelangt die vielfach fümftig behandelte achte von Beethoven und die in Halle noch kaum bekannte letzte Sinfonie A-Dur von Bruckner.

Bei der fümftigen Sparrasse wurden im März 1927 1319 179 M. eingezahlt und 879 650 M. abgehoben, sowie 127 Sparfüher ausgefertigt und 204 gefahren. Der Gesamtverdienstbestand hat sich also im letzten Monat um 459 229 M. erhöht und beträgt jetzt 12 654 087 M. — Was geht es noch um? —

Erweiterung der Anstalt. Am 1. April ist eine gebrauchte Schreibmaschine mit einem in der Anstalt der Anstalt heranzugemacht worden. Der Eigentümer sollte sich bei der Kriminaldirektion, Zimmer 45, melden.

Auto und Radfahrer. Am 4. April gegen 5 Uhr vormittags stieß in der Kellerei ein Personalwagen mit einem Radfahrer zusammen, wobei jeder zu Fall kam und Hautabwühlungen an den Händen erlitt.

„Fremde“ Joger. Am 4. April gegen 11.30 Uhr abends wurde der Großen Steinstraße ein Mann von mehreren Personen, mit denen er vorher gefahrt hatte, überfallen und gefahren. Er erlitt mehrere Kopfverletzungen und wurde zwecks Anlegung eines Verbandes der Klinik zugeführt.

Wahung! Steinseger, Kammer und Hilfsarbeiter der Firma Kausch & Ritter. Donnerstag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, in der „Goldenen Kette“ (Alter Markt): Wichtige Betriebsversammlung. Jeder Kollege hat zu erscheinen.

Papierabstellung für die Kellerei. Kellerei, die im Sommer eines Jahres eine Papierzufuhrung, eines Ausweises zur Kontrolle des Kellerei, Gebiete oder durch den polizeilichen Korridor behoben, nun gut, diese Kellerei bzw. die Verlingerung der Kellerei so jetzt wie möglich zu beantragen, weil mit Rücksicht auf die Kellerei erhaltungsgemäß der Kellereibetrieb im Bahnbureau des hiesigen Polizeipräsidiums so groß ist, daß für die umgebende Erziehung keine Kellerei gefahrt wird. Der Antrag auf Abstellung von Kellereipapier, Ausweisen und Papierzuführungen sind bei dem für den Antragsteller zuständigen Polizeirevier zu stellen, dabei ist ein amtliches Ausweispapier vorzulegen, aus dem die Personalien des Antragstellers (Name, Geburtsort und -ort) zu ersehen sind (z. B. Staatsangehörigkeit, Geburtsort, Geburts- oder Sterbedatum, Wohnort oder Gemeindegliederungsnummer, Staatsangehörigkeit oder Angehörigkeitsnummer etc.). Vor der Kellerei kann schon nach einem bis zwei Tagen, von dem Tage der Antragstellung beim Polizeirevier gerechnet, der Papierzug aus dem Bahnbureau, Zimmer 30 des Polizeipräsidiums, während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, in der Kellerei der vorgeschriebenen Gebiete (Kellerei 5 M.) in Empfang genommen werden. In besonders eiligen Fällen kann auch während der Nachmittagsstunden bis 3 Uhr die Ausfertigung des Papierzuges vorgenommen werden. Da im Bahnbureau in den letzten Präsidiums (10 bis 12 Uhr) der Abdruck des Papierzuges ist, wird ersucht, bereits am 7. und 8. Uhr früh zur Abholung der Papiere zu erscheinen.



Lein-Bezirk

Freiwerkwahl bei den Betriebsratswahlen Birkhümmel, Mansfeld u. G.

Am 28. März fand die Betriebsratswahl für den Betrieb Birkhümmel statt, zu dem drei Gruben (Zirkel, Bauls und Birkhümmel) gehören. Es ist bekannt, daß sich auf den einzelnen Gruben nur 40 bis 50 Prozent Arbeiter an den Wahlen beteiligten. Nur auf dem Baulsgraben war eine Beteiligung von 91 Prozent zu verzeichnen. Dort haben von 160 Wahlberechtigten 147 gewählt; 7 haben nicht gewählt und 6 sind krank gemeldet. Es waren 40 Mandate zu vergeben, eine freierwerkwahlige und eine gewählige. Davon erhielten die beiden Kandidaten: Freierwerkwahlige Liste 138, Christliche 6, unglücklich 7, ein leerer Umschlag.

Für alle drei Gruben wurden Stimmen abgegeben: für die freierwerkwahlige Liste 1435, für die gewählige Liste 258. Die Mandate verteilen sich: 11 freierwerkwahlige (davon 2 Ergänzungsmitglieder), 2 Christen.

Kameraden, kauft nun auch dem Betriebsrat den Rücken, indem ihr seit hinter ihm steht. Es darf keine Kameraden geben, welcher nicht freierwerkwahlige organisiert ist, es muß auch der letzte erfaßt werden.

Aus der Zeiter Kinderwagenindustrie Firma Wünsch & Wrehlich

Wir berichten am Sonnabend, daß die Beschäftigten nach acht Stunden den Betrieb verlassen hatten. Die Betriebsleitung hatte sich den Kindern nicht gekümmert und verweigert nun, die Kollegen durch allmählich einwirkendes Gift. Durch Ausweg wurde betanget, daß der Betriebsrat für allen entsprechenden Schäden haftbar gemacht wurde. Das Verhalten des Betriebs nach acht Stunden ist unangeleglich. Jeder, der sich nicht fügt, müde können betraut. Die Arbeiter im Betrieb zeigten indes der Betriebsleitung, daß sie immer noch freie Arbeiter leise, und legten mittags die Arbeit nieder. Überall hatten Gruppen von Arbeitern und forderten die Entfernung des prozontarischen Ausweges. Am 14. April, als die Betriebsleitung wieder geschlossen den Betrieb verließ, ferner auf Verweigerung der Gewerkschaftsvertreter wurde ausgelegt, den Ausweg zu entfernen. Der Ausweg wurde durch sein hartes Gebären und Aufreiten direkt lächerlich. Verschiedene Kollegen meinten, er hätte wieder einen über den Dursch getrunken Kollegen, bleibt weiterhin geschlossen, stellt sich hinter einen Betriebsrat! Nur so könnt ihr alle Angriffe des Unternehmens abwehren.

Firma Paul Gärtner

Der Kaufmann der Fabrik muß bei einem Stundenlohn von 28 Pf. täglich zwischen 10 bis 12 Pf. an Steuern und Ueberführung zahlen. Wer sich weigert, der steht besonders bei den Jugendlichen.

Als großer Arbeiter tut sich der Schmeißerlehre des Herrn Paul Gärtner, Ruffenberg, hervor. Mit der Uhr in der Hand steht er fündig da und kommandiert: Schmeißer und nochmal schneller! Einzig Besondere kamen täglich vor festen Uhr nicht nach Hause, auch Sonnabends nicht. Auch der Stahlhelfer D. K. K. treibt an, wo er nur Gelegenheit findet.

Achtung, Straßenbahnarbeiter!

Der Zentralverband der Eisenarbeiter, Zeil, teilt mit: Alle Straßenbahnarbeiter, ganz gleich, ob Montagsarbeiter oder nicht, wie Eisenarbeiter, Kammer, Gehlring, Steinbeckerarbeiter oder Eisenarbeiter haben Anspruch auf die Wohlfahrtsversicherung (Winterbeihilfe) im Straßenbahngewerbe. Es sind dazu Karten vorhanden, die bei allen Unternehmern für den Bereich des Reichsgewerbes und wie die Steuerkarte beim Arbeitgeber abgegeben werden und beim Verlassen der Arbeitsstelle wieder auszufüllen sind. Die Wohlfahrtsbeiträge sind vom Unternehmer zu tragen und betragen 2 Prozent vom Bruttolohn. Die Regelung gilt ab 1. Januar dieses Jahres. Arbeitgeber, die sich weigern, dieselben abzuführen, sind sofort der Ortsverwaltung des Straßenbahnerverbandes zu melden. Die Karten sind erhältlich beim Kollegen Kurt Martin, Kasberg bei Zeil Nr. 11a, abends von 7 Uhr und Sonnabends von 4 Uhr.

Auswahl- und Reklamationsbeiträge zu versehen. Unternehmern, welche versuchen, dieselbe einzuschleichen, sind ebenfalls sofort zu melden. Die Betriebsbeauftragten sind verpflichtet, sich zu überzeugen durch Nachfragen bei den Lohnlisten und Kassabüchern, daß die Arbeiter den Betrag auch abgeführt haben. Arbeiter, macht eure Karte!

An die Wand stellen und die Knochen zerhacken! (Arbeiterkorrespondenz)

Ein Arbeiter schickte mir eine Karte, die der Vater Otto Hofmann an den Betrieb Walter Walther, Halle. Unsere Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, aber solange der Arbeiter Otto Hofmann bei der Firma tätig ist, verlängert sich die Arbeitszeit auf 12 bis 14 Stunden. Am liebsten sollen wir auch keine Prüßlings- und Mittagspausen haben. Kurzlich sagte dieser Mann dem Chef, er brauche keine Leute mehr einzustellen, er werde die Arbeit allein schaffen. Kurz vor Mittag trieb er uns denn an: „Samer drauf ist die Mädel! Saut ihr, daß ein Hund jammer.“

Als ein Lehrling eine Tür freiden wollte und nicht bis oben hinlangte, weil er zu klein war, verlangte er eine Leiter. Ein anderer Lehrling wollte ihm eine Leiter geben, aber der Arbeiter Otto Hofmann, welcher sich um die Leiter bemühte, mußte, wenn er einen Streich ziehen will, den Lehrling erst fragen, wo er denn mit seiner zweiten Leiter hin wollte. In dem Augenblick bog er sich über, und dabei fiel sein Karren auf seine schwache Seite. „Guch Seite mühte man an die Wand stellen und die Knochen zerhacken, man die müde Natur des Hofmann.“ Nun, man kann es ihm nicht wehnehmen, er war ja 1920 bei der Schupo.

Zwei Arbeiter wegen Teilnahme am Magdeburger Treffen entlassen

Besonders brutale Methoden herrschen bei der Firma Otto Buchmann & Co., Kohlenhandlung, Halle, Dessauer Straße. Wir wollen gleich vorausschicken, daß die Firma in der Hauptstadt von Arbeitergroßen lebt und daß sie sogar Kleinstadt des „Kaisers“ ist. Zwei bei dieser Firma beschäftigte Arbeiter hatten sich am roten Tag in Magdeburg beteiligt. Auf dem Rückwege erlitt das holländische Auto eine Panne so daß es erst am Montagfrüh gegen 7 Uhr in Halle eintrafen konnte. Als dies beiden Arbeitern mitgeteilt wurde, ließen sie ihre Arbeitsstätte verlassen und sich bei dem Meister Brumme entschuldigen wollten, schickte dieser sie ins Bureau, wo ihnen die Entlassungspapiere ausgehändigt wurden mit der Begründung, daß die Firma mit ihren Leistungen nicht zufrieden wäre. (1) Obwohl die beiden Arbeiter beim Meister Brumme Sturm, der übrigens im Reichsbanner organisiert ist, Protest gegen die Entlassung einlegten, unternahm dieser selbst nichts, um die Entlassung rückgängig zu machen, sondern schickte sie nur zum Verband.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich einmal die Beschäftigten bei der Kohlenhandlung Buchmann & Co. etwas näher beleuchten. Der Meister Brumme, der früher selbst nur Zimmermann war, es aber durch Schmeißerei und Schmeißerei zum Meister gebracht hat, hebt sich besonders durch seine Schikanen hervor. Es gibt aber auch noch Arbeiter, die sich nicht genieren, ihre anderen Arbeiterbrüder zu verlassen. Auch in anderer Beziehung läßt bei dieser Firma alles zu wünschen übrig. Der Kohlenplatz kostet 3 Pf. jeder Beschäftigung. Die Wagen werden bereit im Kohlenstamm, daß sie beim Gebrauch erst aus dem herausgehoben werden müssen.

Kollegen der Firma Buchmann & Co. laßt dafür, daß euer Betriebsrat sich mehr um eure Interessen kümmert! Organisiert gegen alle Schikanen, die man euch antut.

Grat Reichardt, Maurermeister

teilt mit, daß entgegen einer Hoffung im „Klassenkampf“ Nr. 74 vom 29. März (Artikel: Jahresretrospektive) der Bau- und Gewerkschaftsrat bei ihm 27 06 1/2 in 10 u 20 30 Lehrsätze beschäftigt seien und nicht, wie gemeldet, 42 Gelehrten und 39 Lehrlinge. In dem Bericht in derselben Nummer über die

Firma Kausch & Köster

Bauhelfer Kaufhändler Straße (Kauhaush) teilt der Unternehmer K. Köster mit, am 3. März wurden 10 Mann vom Arbeitsamt angefordert. Da mir an der Kreuzung Krummstraße und Wühlhändler Straße auf eine Höhe von 3 Meter kein Wasser hatten, sagte ich mir, daß sofort noch 10 Mann anfordern werden könnten, welche am 4. März dann zur Stelle waren.

In einer weiteren Entfernung von 30 Metern stehen die Leute hinter der 2. Zentimeter auf Erdboden. Daher war ich gezwungen, da kein Vorfall vorhanden war, die Leute wieder zu entlassen. Da an dieser Arbeit viele Betriebsinhaber waren (Berufs-Gelehrte), waren wir gezwungen, sie so schnell wie möglich fortzuführen. Ich mußte daher nur diejenigen zu überbinden beschäftigen, welche für die Arbeit eingearbeitet waren und maßgebliche Stiefel hatten. Behaupten kann ich, daß die Überbinden nur in dringenden Fällen gemacht worden sind. Betreffs der Nachtarbeit ist am folgenden Tage nicht gearbeitet worden. Die Bauhelfer sind vom Kaufhändler gerichtet worden.

Der Arbeiter Fritz W. hat hat, solange er dagesessen ist, für Feuer gestört, so daß jeder unbefähigt seinen Ratte wärmen lassen konnte. Unter Einfluß von Fritz Andre liege ich nicht, da ich selbst weiß, was ich zu tun und zu lassen habe. Während hat der Lohn nicht 72, sondern 77 Pfennig betragen für die, welche im Wasser waren.

Keine Innungsstrafen!

Der Ortsausschuß des DGB, der Bauwerksbund, Zimmerer-Verband und Kleinarbeiter-Verband Halle und Weitzenfels hatten am Dienstag den 20. März, früh um 7 Uhr die Weitzenfelder Bauarbeiter zu einer Protestdemonstration nach dem Hermann-Garten eingeladen. Weit über 350 Bauarbeiter waren erschienen, galt es hoch, Stellung zu nehmen gegen die von den Unternehmern geplante Innungsstrafenfälle.

Die Weitzenfelder Bauarbeiter erklärten es schon seit längerer Zeit nach einer Innungsstrafenentlastung, um dadurch die Bauarbeiter mehr in ihre Gewalt zu bekommen. In der Innungsversammlung, wo dieses beschlossen wurde, ist man mit einer Sandbewegung über die Forderung des Stellenausschlusses hinweggegangen. Lange, daß die Bauarbeiter nach wie vor bei der Innungsstrafenentlastung, und hat mit 17 Stimmen beschlossen, eine Innungsstrafenentlastung zu erklären. 17 Menschen bestimmen über die soziale Verbesserung von rund 700 Bauarbeitern!

Der Kollege G. a. b. w. aus Halle sei an praktischen Beispielen derartige Innungsstrafenentlastungen, wie die Arbeiter durch bezahlte Innungsstrafenentlastungen, um dadurch die soziale Verbesserung vollständig entzweit werden und dort nur Beiträge bezahlen müssen, aber niemals Gegenleistung erhalten werden. Die einzelnen Diskussionen sprachen sich alle sehr gegen die Innungsstrafenentlastung aus. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Sie für jeden Dienstag, den 29. März 1927, einberufen, zahlreich besuchte Versammlung der Bauarbeiter, Zimmerer und verwandten Berufe nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der von der Innungsversammlung des Willen des Stellenausschlusses und gegen den Willen der bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Innungsstrafenentlastung. Die Innungsstrafenentlastung ist eine Innungsstrafenentlastung.

Die Versammelten erklären einmütig im Verein mit dem Stellenausschuß, daß sie weiter Mitglied der Allgemeinen Ortsinnungsstrafenentlastung bleiben wollen und nicht gewillt sind, sich durch ein nutzloses Internatschreiben die Vorteile, die durch die Errichtung der Innungsstrafenentlastungen der Halle, mit Baderstraße, Invalidentorium, Königstraße, Bismarckplatz u. a., die den Versicherten durch geboten werden, durch Errichtung einer Innungsstrafenentlastung entziehen zu lassen.

Zählung haben die Versammelten durch Zahlung der Rollenbeiträge an die Allgemeinen Ortsinnungsstrafenentlastung zur Errichtung dieser für die Versicherten getroffenen Einrichtungen beigetragen, deren Vorteile ihnen nunmehr durch die Errichtung einer Innungsstrafenentlastung verjagt werden sollen.

Die Versammelten erließen alle die in Frage kommenden Stellen, Beschäftigten, Magistat und Allgemeine Ortsinnungsstrafenentlastung, die Errichtung einer Innungsstrafenentlastung erheben und erließen das Oberverwaltungsamt, die Genehmigung zu verlagern. Die Versammelten erklären sich mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung einer Innungsstrafenentlastung für das Baugewerbe und verpflichten sich, die Errichtung einer solchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Die Leuna-Arbeiterchaft protestiert gegen den abgeschlossenen Lohnvertrag und fordert Kampf um den Achtstundentag

Bericht von den Leuna-Belegschaftsversammlungen

Die Belegschaftsversammlung am 3. April in Halle war von 200 Leuna-Arbeitern besucht. Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, G. H. H., erklärte im Bericht über die Lohnverhandlungen am 21. März, bei denen von den Gewerkschaften 20 Prozent Lohn-erhöhung gefordert wurde. Nach abschließender Verhandlung sei es gelungen, den jetzigen Tarif abzuschließen. Die Unternehmern hätten sich von vornherein gleich eingestellt, daß die Spanne zwischen Arbeitern und Gelehrten minderen der Gehältern betragen muß. Sie hätten diesem, erst den Lohn der Hauptarbeiter festgelegt und erst darauf den Arbeiterlohn bestimmt, während bei früheren Verhandlungen erst der Lohn des Betriebsarbeiters festgelegt wurde, auf welchen sich dann der Lohn der Angelernten und Handwerker aufbaute. Gittel führte aus, daß die Gewerkschaften deshalb zugestimmt hätten, weil sie nicht

die lange Arbeitsdauer die Kollegen nicht mehr Herr bleiben über ihren Körper.

Dann ging er auf die Lohnforderung und den Achtstundentag ein. Er hat im Herbst vorigen Jahres hatte der Betriebsrat die Gewerkschaften aufgefordert, den Lohnvertrag zu kündigen. Leider sei dies aber in einer Brandentsorgung im September vorigen Jahres gegen die Stimmen der oppositionellen Gewerkschaftler abgelehnt worden. Seit dieser Zeit hat der Betriebsrat sowie auch der beschlossene Reichsausschuß ununterbrochen für die Kündigung des Tarifvertrages gearbeitet, bis endlich am 15. März die Kündigung erfolgte.

Zum Schluß gab er bekannt, daß die diesjährige Betriebsratswahl am Dienstag, dem 5. April, stattfindet. Die Kollegen hätten zu entscheiden, wen sie ihre Stimme geben: der Liste I der freien Gewerkschaften mit dem Spitzenkandidaten G. H. H. oder der Liste der Gelben Werksgewerkschaften. Hierfür, Kollege Schmitt unterzog die Liste der Werksgewerkschaft einer scharfen Kritik, insbesondere die Tätigkeit der gelben Säuglinge und forderte die Kollegen auf, bei einer 100 prozentigen Wahlbereitschaft im Anbetracht der Wichtigkeit des Leuna-Werkes eine der Arbeiterchaft entsprechende Betriebsvertretung zu wählen. Dafür birgt nur die Liste I. Es kommt indes nicht nur darauf an, dem Betriebsrat die Stimme zu geben, sondern auch hinter ihm zu stehen und ihn zu unterstützen. Der Betriebsrat ist das ausführende Organ der Belegschaft.

Kollege Schmitt hatte den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Eine Diskussion fand nicht mehr statt.

Die Versammlung im „Eintracht“ in Merseburg war von ca. 60 Leuna-Arbeitern besucht. Der Bericht über die Lohnverhandlungen gab in derselben Art wie Gittel in Halle der Kollege G. a. b. w. Merseburg. Auf Wunsch der Versammlung wurde vor einer Diskussion gleich der zweite Vortrag erliebt. Ein Betriebsratsmitglied gab eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Betriebsrates im verfallenen Betriebsratsjahr. Daraufhin machte Kollege G. a. b. w. vom DGB, Merseburg längere Ausführungen über die bevorstehende Betriebsratswahl und deren Bedeutung für die Arbeiterchaft. In der Diskussion brandmarkte ein Kollege aus Bau 2 die Methoden der gelben Drahtzieher, die ungenügend im Betriebe Propaganda treiben und so gar ihre Mitglieder zum Verlassen des Betriebs verleiten, während die freierwerkwahligen Kollegen sich anhalten werden. Ein Bauarbeiter wünschte, daß sich die Verbandsvertreter öfters als bisher im Werke zeigen lassen. Dieser Wunsch wurde von Hennis zurückgewiesen, der erklärte, daß sie seit Einleiten der Neubewertung vollständig in der Wirkungsphase der einzelnen Verbände zwecks Propaganda und Wahl von Wandvertretern beschaffen. Aus der Holzwerkstätte wurde angeführt, daß es dort zwar sehr viele Mitglieder und Unzufriedene gäbe, daß sie aber nicht zu bewegen wüßten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Einem Redner der F. V. D. wurde nach langen Ausführungen durch Versammlungsbeschluß das Wort entzogen, da er sich nicht an die Tagesordnungsunkte hielt.

Nach Erledigung verschiedener kleinerer Anfragen bezüglich der Durchführung der Betriebsratswahl wurde, nachdem der Vertreter des DGB, nochmals zur Unterstützung und zur Propaganda jedes Einzelnen für die Liste I aufgefordert hatte, die Versammlung geschlossen.

Leuna-Arbeiter! Bericht über die Versammlungen in Ammendorf und Weitzenfels! Alle wählen heute die Liste I (Max Strich)

glaubten, daß vor dem Haupttarif mehr herauskäme und dadurch sich eine Verbesserung einstellen würde. Die Arbeiterchaft wird dann zu spät in den Besitz ihrer Lohnforderung gekommen. Am liebsten wäre jetzt nach Abschluß nichts mehr zu ändern. Er forderte auf, reiflos der Organisation beizutreten, damit wir im nächsten Jahre besser abfinden könnten.

In der Diskussion wurde ihm entgegengehalten, daß die organisierte Arbeiterchaft auch noch ein Wörtchen zu reden habe, und daß die reformistischen Gewerkschaftsführer auch selbst an dem schiefen Organisationsverfahren Schuld seien durch ihre falsche Gewerkschaftspolitik (Somburger Fabrikarbeiterstreik — englischer Bergarbeiterkampf usw.). Das Ueberhandnehmen in Leuna-Weitzenfels wurde einer scharfen Kritik unterzogen und die Gewerkschaften wurde auch der Betriebsrat aufgefordert, sich geschlossen für den Achtstundentag einzusetzen. Ferner wurde gefordert, daß in allen Bauten Vertrauensleute eingesetzt würden, und der Betriebsrat aufgefordert, öfters Betriebsversammlungen zu machen.

Ein Unionsrat griff die Gewerkschaften an und forderte auf, der Allgemeinen Arbeiterunion beizutreten. Er mußte sich aber vom Betriebsrat Schmitt lassen lassen, daß auf diese Wörtchen kein Mensch mehr hineinkommt. Er sollte, wenn er es ernstlich meint, in die freien Gewerkschaften eintraten und mit der böhmen Opposition gemeinsam kämpfen, um die Gewerkschaften zu Kampfgewerkschaften zu machen.

In seinem Schlußwort verurteilte Gittel, die Forderung der Gewerkschaften zu rechtfertigen; seine Ausführungen gingen aber unter den vielen Zuschnürungen verloren.

Wit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem vom Kollegen Schmitt gegebenen Tätigkeitsbericht des Betriebsrates, der sich mit allen Mitteln gegen das Ueberhandnehmen eingestellt habe. Er forderte die Kollegen auf, die Unzufriedenheitsvorschriften genau zu beachten und etwaige Unfälle sofort dem Betriebsrat zu melden. Besonders griff er auf die Unfälle ein, nämlich derer der Betriebsrat alles Mögliche versucht habe, die Schuldigen festzustellen und Abhilfe zu schaffen. Er theilte einen Teil der Unfälle dem Ueberhandnehmen zu, weil durch

Merseburg-Leuna-Querfurt

Explosion in Leuna!

Am Sonnabendabend explosierte bei der neuen Kohlenverfüllungsanlage des Bergwerkes ein Bergschäfter. Glücklicherweise kamen dabei keine Arbeiter zu Schaden. Unter händiger Gefahr für ihr Leben bauen die Arbeiter dort die Profithöhlen.

Und wieder bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Provinzialparlament

Deutschnationale, Demokraten und Sozialdemokraten treten für die Annahme der Anlage ein. Der Antrag des Provinzialparlamentes, der eine Anlage von 174 Prozent vorzuziehen ist, wird abgelehnt und die vom Landeshaupmann vorgelegene Anlage von 15 Prozent wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Interessant ist noch das

Eintreten des Grafen Polodowski für den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Götlicher, der auch den Sozialdemokraten für ihre wertvolle Tätigkeit seinen Dank ausdrückt.

Es folgt die Annahme oder Ablehnung einiger nicht weiter wichtigen Anträge.

Punkt 6 sieht vor Anschaffung eines weiteren Kraftwagens. Genosse Rüttig tritt diesen Antrag entgegen und bezeichnet die Anschaffung des Kraftwagens, der eine Ausgabe von 20 000 Mark und für jedes weitere Jahr von 8000 Mark verursacht, als schmerzhaft.

Schließlich auf das wurde Herz des Herrn Landeshaupmanns, der ja für die Ablehnung der Verlegung der Provinzialverwaltung entscheidend werden mußte.

Der Genosse Rüttig begründet folgenden Antrag:

„Der Provinzialrat erhebt folgende Beschlüsse: An Stelle der für eine Verlegung der Provinzialverwaltung notwendig werdenden Mittel in Höhe von 4 Millionen Mark beschließt der Rat die Aufzinsung von Anleihen zur Durchführung der dringenden Aufgaben der Provinz. Als erste Maßnahme sind zu erfüllen: die Errichtung von Mütterheimen in allen drei Bezirken, wofür eine Million Mark bereitgestellt wird, ferner Umbau der Hindenburgkaserne in 1 Million und die restlichen 2 Millionen für die notwendigen Straßensanierungsarbeiten in der Provinz.“

Selbstverständlich werden diese im Interesse der großen Masse liegenden Anträge von vielen Zuhörern begrüßt. Der von unserer Fraktion eingereichte Protestantrag gegen die geführte ordnungswidrige Überwindung der Kommunisten wurde nach einem längeren Gehör von 21 Stimmen, der auf einmal endete, doch Anträge von 20 Abgeordneten unterschrieben sein müssen, einer Kommission, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll, überwiesen.

Als letzter Tagesordnungspunkt wurde beschloffen, die Herausgabe einer Broschüre mit den Reden von Reim und des Freiherren von Wilmowitz. Beide Reden sind in der Broschüre zu lesen, auf diesen beiden Reden die Diskussionsreden mit hineinzuwerfen.

Nach den üblichen gegenseitigen Dankesbezeugungen wird durch den Genossen Fiebigmann im Auftrag der Kommunistischen Fraktion folgende Resolution abgelesen:

„Die kommunistische Fraktion des 42. Provinzialparlamentes legt gegen alle Beschlüsse des 42. Provinzialparlamentes der Provinz Sachsen Protest ein, die in der Zeit gefaßt worden sind, und zwar in vier ihrer Mittelbeschlüsse gefaßten ordnungswidrigen Beschlüssen. Sie stellt sich als ausdrücklich fest, daß der Ausschluß der Gewerkschaften

- Walter Scherer, Hugo Müller, Alfred Holzweigt, Max Wentz, Frieda Wehmann, Walter Bielefeldt

geschäftsordnungswidrig waren und daß die Gültigkeit aller Beschlüsse angezweifelt wird. — Die kommunistische Fraktion verläßt das Haus.“ Was darauf gefolgt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kasparek mußte selbstverständlich gegenwärtig folgende Gegenfragen ausprechen, die Tatsache, daß in allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen im Provinzialparlament getrennt haben und sich zu eigenständigen Reaktionen machen, zu verurteilen. Diese Gegenfragen hat ihm die Haltung unserer Genossen zur Veranschaulichung seines Verstandes, „Kommunisten, Sozialisten und Deutschnationale unter Führung des kaiserlichen Staatsministers Polodowski gegen Verletzung der monarchischen Hoheitszeichen.“

Durch diese freche Lüge will man verhindern, daß der Arbeiter klar erkennt, daß die Kommunisten eine einseitig-proletarische Stellung zur Massenfrage angenommen haben. Das monarchistische Hoheitszeichen ist uns genau so verhasst wie die republikanische Krone, aber wir lehnen es ab, einer solchen Veränderung zuzustimmen, weil sie in den Gehirnen der Arbeiter nur die Illusion entstehen lassen könnte, als ob sich in dieser Republik wirklich etwas verändert habe. Erst mit der Veränderung der Klassen- und Machtverhältnisse wird dieser ganze Hoheitspudler zerfallen.

Arbeiter, macht das allen denen klar, die mit dieser billigen Lüge ihrer Führer kommen und behaupten, die Kommunisten seien eine Front mit der Reaktion. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! So beschließt z. B. auch der „Volksblatt“-Vertreter die Diskussion als „auf einem außerordentlich niedrigen Niveau und mit der Sache in keinem Zusammenhang stehend“, wobei man die „Schwartzede eines Kommunisten“ meint, was alles wirklich das ist, was der — Freisler von Wilmowitz erzählt hat.

So geht es am Ende der Sache „Führer“, daß sie sogar in solchen Berichten Anleihe machen müssen bei den Deutschnationalen!

Aus dem Leunaer Stadtparlament

In der letzten Stadtratsversammlung stellte beim ersten Punkt der Tagesordnung der Magistrat den Antrag, den ersten Punkt der Ende Mai zu verlängern, da es ihm jetzt noch nicht möglich sei, den neuen Etat aufzustellen. Er habe noch keine Übersicht über die Kreis- und Reichsaufgaben. Die meisten Anträge trit unter Genosse Rüttig entgegen, er betonte, daß es doch möglich sei, den Haushaltsplan jetzt schon aufzustellen, da der Kreisrat am 7. April tagt, wobei der Kreishaushaltplan beraten wird. Jedenfalls sollen die Bezirke nicht daran, wirtschaftlich wollen sie erst die Kräfte und den Zustand vorher feststellen, um dabei „Einverständnis“ zu erzielen. Genosse Rüttig beantragt, daß mindestens Ende April der Etat zur Beratung liegen muß. Der Magistratsantrag wird gegen drei Arbeiterstimmen und einer bürgerlichen angenommen.

Bei den anderen Tagesordnungspunkten wurde u. a. beschlossen die Verletzung einer Beschlüsse für das alte National. Der Antrag auf Anschließung an das Kreissteuerverwaltung wurde verlegt,

um nähere Informationen einzuholen. Die Eingabe des Turnvereins wegen einer Turnhalle wurde nach längerer Aussprache und heftiger Debatte zurückgestellt, denn die Arbeitervertreter haben nicht ein Wort von bürgerlichen Turnvereinen eine Gratwanderung gemacht werden soll. Es verlangten für die Saalport treibenden Arbeitervereine das gleiche Recht. Bei dem Punkt Sonstiges gab es erhaltene Gemüter, als die Segel- und Lebertrage angenommen wurde. Genosse Rüttig gestellte sofort die Mittelstände in der Schule und verlangte, daß noch eine Klasse eingerichtet wird, weil es unmöglich sei, von Eltern an in einer Klasse 78 neu eintretende Kinder zu unterrichten. Er verlangte, daß ein Junglehrer angestellt wird, der der Stadt jährlich noch nur Lumpige 600 Mark kostet. Die Herren Stadträte fragen ja nicht danach, wo das Geld herkommt. (Sie bewilligen für den Bürgermeister 300 Mark Weihnachtsgeld, 2000 Mark für den Magistrat, für sich durch die Rede unseres Beschlusses gezwungen, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Derselbe fiel unter den Tisch, weil der bürgerliche Schmittwarenhändler Georg Schöppe die Dringlichkeit nicht anerkannte. Herr Schöppe hat ja auch keine Kinder mehr in die Schule zu schicken, außerdem hat er ja kein Profil aus den Arbeitern herauszuschöpfen, daß seine Kinder die höhere Schule besuchen können. Herr Schöppe wollte übrigens auch einmal Lehrer werden, aber der Anstellte langte nicht. Es

Aus dem Saalkreis

Wer sabotiert Schwindelberichter?

Schon lange hatten wir mit Schluß auf den „Volksblatt“-Bericht, der die SPD-Versammlung in Döllnitz gewarnt. In Nr. 75, der Mittwochnummer, ist er erschienen und wie gedacht, ist er auch durchweg ein Schwindelbericht. Die öffentliche Versammlung war gut besucht, jedoch der Berichtsführer, er schreibt aber nicht, daß die Versammlung der SPD, am 29. März, in der Stadt und weit vorher nur sehr wenigen Menschen da waren, die Versammlung nicht hatte beginnen können. Erst nachdem die Lehren vorher erschienen waren, wurde der Saal voll, und die Verlesung der Beschlüsse begann. Die Beschlüsse wurden zu eröffnen. Man weiß wohl, daß die SPD in der Stadt, am 29. März, nicht eine Versammlung, sondern eine Versammlung war, die sich in der Umgebung, nicht hier in Ammendorf, hätte die SPD, ihre Leute „Lumpengehalt“, schreibt das „Volksblatt“ dann weiter. Wir können Herrn Jungmanns sagen, wenn das der Fall gewesen wäre, hätte sein Saal wirklich nicht ausgefüllt. Weiter wird gesagt, wir hätten die Beschlüsse gelesen. Das haben wir nicht nötig. Wenn Jungmanns als Berichtsführer außerlich nervös ist und Zweifelhaft nicht vertrauen kann, kann niemand dafür, daß er nicht weiß, daß seine Fiktionen nicht eine kleine Versammlung, viel weniger eine große zu sein. Ferner wird behauptet, daß er von uns erst wieder auf sein Thema gebracht werden mußte.

Eine Dreifachigkeit ist es aber vom „Volksblatt“, uns in den Zusammenhang mit dem Sozialdemokratischen Ober zu bringen. Wir unter abgelehnt, nicht bekannt. Durch diese Verleumdungen richtet sich die SPD-Broschüre selbst. Ein weiterer Schwindel besteht jedoch in der Behauptung, das Schlußwort wurde mit großem Beifall aufgenommen. Das konnten wir uns denken, denn was sollten die Zuhörerbelächler acht Frauen und einen Mann nicht in Anspruch nehmen?

Die Arbeiterzeitung vom Döllnitz hat aber gesagt, daß sie von der verächtlichen SPD-Politik genug hat, darum leistete sie unserer Forderung Folge und verließ mit uns den Saal. Mit diesen Schwindelmethoden aber werden wir bei den Wahlen abrechnen.

Ammerdorf. Der Erwerbslosenrat hatte am Mittwochvormittag 11 Uhr eine Erwerbslosenversammlung abgehalten. Dieser war die Versammlung nicht gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Sachs (Halle) über Bürgerlohn und die Erwerbslosen. In seinen Ausführungen zeigte er den Weg, den die Bürgerlohn-Regierung gegangen ist, daß sie sich immer gefälliger habe. Auf schäblicheres als das bisherige, wodurch auch die Erwerbslosen mehr empfinden müssen. In einigen Fällen legte er den Anwesenden vor, was die Kapitalisten für einen ungeheuren Profit, die Arbeiter jedoch eine Verflechtung ihrer Lebenslage durch die Nationalisierung erfahren haben. In den 10 000 Erwerbslosen, die in Ammendorf leben, sind 60 000 Überstunden! Wären diese mehr beschäftigt werden! Im zweiten Punkt wurde der Erwerbslosenrat um drei Gewerkschaften, die zwei Gewerkschaften ausgeschieden sind. Dann wurde eine Delegation gebildet, welche die Forderungen der Erwerbslosen im Kreisrat vorbringen. In der dritten Sitzung wurden verschiedene folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Die am Mittwoch, dem 30. März, in Ammendorf stattgefundenen Versammlung der erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Entzählung Kenntnis von der beschlossenen Verflechtung der Erwerbslosenorganisation. Die Einführung der neuen Erwerbslosenversicherung soll beantragt werden, 30 Arbeiter der Erwerbslosen sind bisher zu stellen. Die Klassifizierung der Erwerbslosen auseinanderzusetzen. Gegen diesen Plan protestieren die Arbeiter und Arbeiterinnen und verlangen von der SPD und SPD-Fraktion der Parlamente, sich mit allen Mitteln gegen die Verflechtung der Erwerbslosen einzusetzen, auch außerparlamentarisch alle Maßnahmen zu treffen, um diesen Anschlag abzuwehren. Die dem DöBS angehörenden Gewerkschaften werden aufgefordert, den Kampf für die Einführung des Abstufensystems aufzunehmen und energisch das Überstundenwesen zu bekämpfen.

Die Abstufung der Erwerbslosen nimmt mit Entzählung Kenntnis, daß vorstehend fremde Arbeitskräfte herangezogen werden, so hiesige Erwerbslose noch dauernd erwerbslos bleiben. Es spricht dem Arbeitsnachweis das größte Mißtrauen aus und fordert, erst die hiesigen Erwerbslosen einzustellen, widrigenfalls sie die fremden Arbeitskräfte darauf hinweisen, welche Gültigkeit dem Bericht bringen.

Ammerdorf. Schwere Unfall. Am 3. März gegen 11 Uhr nachmittags stürzte sich in der Lange Str. in Ammerdorf eine 25jährige weißblonde Person in einem epileptischen Anfall aus ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof. Die Verunglückte, welche schwere innere Verletzungen erlitten hat, wurde mittels Krankenwagens dem Krankenhaus Bergmannstraße zugeführt.

Sehen. Ein denkwürdiger Tag für die Seebener Arbeiterschaft war Sonntag, der 27. März. Die vom Dis-

stand dann noch einige Anfragen ihre Erledigung. Arbeiter von Leuna, bringt den Stadtratsordnungen mehr Interesse entgegen, ein solches Zeichen für uns, wenn nur zwei ganze Jubelstöße im Saale sitzen.

Merseburg. Gebührenzahlung. Zur Erledigung der Zahlung der fälligen Wasser-, Gas- und Stromgebühren wird erneut darauf hingewiesen, daß falls der Gebührener den Zahlungsantrag nicht annimmt, die Einschaltung des Betrages beim öffentlichen Hofamt auf das Hofschloßamt der Verwaltung der fälligen Werke in Merseburg — Hofschloßamt Ernst Nr. 121 53 möglich ist. Dadurch wird den Kunden, die kein eigenes Girokonto zum Überweisen besitzen, der Weg nach der Kasse der Werksverwaltung in der Gasanstalt erspart. Es empfiehlt sich, von dieser ersuchen und bequemen Art der Überweisung mehr Gebrauch zu machen. Es darf aber nicht vergessen werden, dabei die auf dem Rechnungsdruck aufgeführte Rechnungsnummer auf dem für die Werkskasse bestimmten Überweisungsschein stets mit anzugeben, da sonst erst recht Schwierigkeiten entstehen. An die einzig wahre Entscheidung, nämlich an die Verwaltung der Wasser-, Gas- und Strompreise wird nicht gedacht.

Merseburg. Allen Funktionären der SPD, der Kommunisten, daß am Mittwoch, dem 6. April, abends 8 Uhr in „Stadt Leipzig“ eine große Funktionärsversammlung stattfinden. Alles hat zu erreichen.

farzell veranfaßte Augenmaß, die um 10 Uhr angefangen war, nach einem wichtigen Vortrag. Der Saal war mit Frauen und roten Zeichen der einzelnen Vereine gefüllt. Schon die Aufmerksamkeit bewies, daß hier eine proletarische Feier stattfand. Dies wurde noch bekräftigt durch die Darbietungen des Arbeiter-Gelangerins Seeben und die Weibliche des Genossen G. o. g. a. s. Zum Schluß wurde den Jugendlichen ein Geschenk in Form eines Buches zur Erinnerung an diese Woche überreicht mit der Aufforderung, sich als Jugendlicher in die Kampfront der Arbeit einzusetzen. Nach dieser eindrucksvollen Veranstaltung formierte sich ein Demonstrationzug zur Kranzabgabe an den Gräbern der Märtyrerinnen. Unter Vorantritt der Schmalenapelle des D. o. p. n. der Ortsgruppen der SPD und des K. P. S. der Arbeitervereine sowie der Arbeiterorganisationen von Seeben und Umgegend bewegte sich ein nach mehreren Hunderten zählender Zug die Straßen von Seeben nach dem Friedhof entlang. Der Arbeiter-Gelangerins Seeben und Gutsenberg eröffnete mit dem Gesang „Lied der Arbeiter“, die Kundgebung auf dem Friedhof. Strauß erließ Genosse Richter, Halle, das Wort, um noch einmal die heroischen Kämpfe von 1918 bis heute den Anwesenden aufzuzeigen und daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Diese Lehren sind: Kampf der Arbeiterklasse gegen die immer frecher werdenden Kapitalisten. Gegen die Intervention der imperialistischen Mächte in China! Gegen die Entzählung Sowjet-Rußlands! Für die Einheitsfront aller Werktätigen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes! Zum Schluß spielte die Schmalenapelle: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.“ Dieser Massenmarsch hat wieder einmal bewiesen, daß die Seebener Arbeiter auch weiterhin bereit ist, unter der Führung der SPD zu kämpfen.

Erklärung. Wie die Kirche zur Erhöhung der Steuern beiträgt. Unserer Schule war es möglich, im Jahre 1928 durch Laich ihr Vermögen zu vergrößern. Der Schulvorstand glaubte, mit dem der Schule bei der Separation zugefallenen Acker einen Laich vornehmen zu können, und zwar für einen Anbau fünf zu Gangen, was auch ein Erfolg war. Aber man hatte nicht mit der Kirche und ihrem Hirten, Pastor Dppenhoff in Letzin, gerechnet. Mit diesen Laich vollzogen war, kam dieser Herr und erklärte, daß der betreffende Acker Eigentum der Kirche war. Man verfuhr mit der Kirche aus mit der Schule einen Vergleich zu schließen, um die Einkünfte nach es auch, er hätte sich ein neues Geschäft, Separationskosten und grundbuchliche Eintragungen Eigentümerin des Acker war. Der Nachfolger Christi verfuhr nun der Schule einen Prozeß anzubringen, welcher aber von der Kirchenratsversammlung abgelehnt wurde. Pastor Dppenhoff legte sich nun, hinterher zu spät, an und er hätte sich ein neues Geschäft, das immer fleißig die Sitzungen schloß, zur Unterstützung des Prozeßantrages. Wer nun glaubt, das Gericht würde dem Herrn in Christo mit seinem Prozeß hübsch die Tür weisen, der irrt sich sehr. Nach mehrwöchigen Prozeßverfahren erklärte das Oberlandesgericht in Naumburg, man sollte sich vergleichen, aber der Vergleich abgelehnt wurde, aber das Konsistorium gab dazu die Einwilligung nicht, weil ein neues Gesetz geboten wurde, welches das letzte Urteil umwarf. Nun fand sich ein Gericht, welches den Vergleich der Kirche und ihres Hirten befristete und ihr den Acker zurpach. Es erklärte, der Acker wäre irrtümlich (!) im Grundbuch auf die Schule eingetragen. Wer laßt das? Die Kosten des Prozesses betragen rund 4000 Mark, und wer bringt diese auf? Alle Steuerzahler von der Gemeinde, nur der Pastor und sein Helfer, der Seebenerredner, werden dieses Geld nicht an das Gericht zahlen.

Im verglungen Steuerzahler und Anhänger der Kirche, glaubt nicht etwa, nun braucht Ihr keine Kirchensteuer mehr zu zahlen, gibt der Kirche sowie dem Herrn Pastor die richtige Antwort mit der Lösung: „Her aus der Kirche!“

Kommun. Die SPD sabotiert die Einheitsfront. Am Freitag, dem 25. März, hatte die Kommunistische Partei die Sozialdemokratische Partei zu einer Sitzung eingeladen. Thema: „Die gemeinsame Maifeier.“ Dieses Wort sollte die Maifeier gemeinsam stattfinden. Man einigte sich auf folgender Grundzüge: 1. Den Meieranten stellt die Kommunistische Partei 2. Literaturvertrieb auf beiden Seiten. Die Kommunistische Partei erklärte, daß die Maifeier am 1. Mai stattfinden solle, die Sozialdemokratische Partei lehnte es nicht zu bejahen, daß ihre Mitglieder mit Kommunisten in Verbindung kommen, da zum einer Zeit von dem Bolschewismus angefaßt werden. Aus diesem Grunde ließ man sich sofort einen Brief von Halle schreiben, welcher die Maifeier trotz der Verurteilung des 1. Mai gemeinsam stattfinden sollte. Am 28. März erhielt die Kommunistische Partei folgendes Schreiben in Worfart:

„Meine Genossen! Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß laut Beschluß der Mitgliederversammlung der Ortsverein es ablehnt, an einer gemeinsamen Maifeier teilzunehmen.“

Die Gründe liegen in der Einstellung eurer Partei im allgemeinen, wir vermehren besonders auf Worfart.

Demnach erwidert sich jede weitere Zusammenkunft in dieser Frage.

Mit sozialistischem Gruß
gez.: Kurt Schüller. Albrecht.“
Arbeiter, hieraus könnt Ihr sehen, daß die Kommunistische Partei versuchen wollte, daß eine gemeinsame Maifeier stattfinden, damit das Bürgerium nicht, daß die Arbeiterschaft es versteht, für die Maifeier am 1. Mai gemeinsam zu demonstrieren, trotz Verzicht der sozialdemokratischen Führer. Die SPD lehnt durch ihre Einstellung den Kampf für den Achtstundentag ab. An die Mitglieder der SPD, richten wir den Appell: Macht Euch frei von der fanatischen Einstellung dieser kleinen Bonzen am Dreieck. Ihr seid Sozialisten kämpft. Schließt die Einheitsfront und begehrt trotz eurer Führer mit uns gemeinsam die Maifeier.

Weiter, weiter

heißt die Lösung im April. Mit dem März ist die Werbung für den

„Klassenkampf“

nach nicht abgeschlossen. Die künftigen Ortsgruppen müssen endlich ihre Vorbereitungen treffen zu einer gründlichen großzügigen

Werbearbeit.

Weißenfels-Naumburg-Zeitung

Amtsgericht Weißenfels

Verhandlungen vom 1. April 1927

1. Der Arbeiter W. Weisenfels, wird beschuldigt, in der Umgegend von Weißenfels Frauen selbigen zu haben, ohne im Besitz eines Gemeindeführers zu sein. Er entwidmete sich damit, daß er im Auftrag eines anderen gehandelt habe und darum keinen Gemeindeführer brauche. Er wird mit 20 Mark bestraft.

2. Der Angeklagte W. K. war beim Rädermeister Aug. T. a. g. w. h. e. n. beschäftigt. Er war mit einem Strafmandat von 100 Mark bestraft, worauf er Berufung eingelegt hatte. Im März vorigen Jahres erhielt Aug. T. von einer holländischen Firma Franzose eine Mitteilung von Weizenmehl und Kartoffelmehl. Der Angeklagte gibt an, daß er sich gemeinert hat, das Mehl zu verarbeiten, worauf ihm mit Entlassung gedroht wurde. Der Sachverhalt wurde erklärt, daß durch diese Manipulation das Brot künstlich bekümmert werde, weil das Mehl mehr Wasser aufnimmt. Außerdem hat das Ereignis nicht den Richter und ist deshalb als kein Nahrungsmitteleingriff zu bewerten. Der Amtsanwalt verurteilte die Lage des Angeklagten, indem ihm mit Entlassung gedroht wurde. Inzwischen muß berücksichtigt werden, daß er Meister war und seinen Beruf nicht aufgeben durfte, und besitzlich eine Gehalt von 30 Mark oder für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis.

3. Der Chauffeur Alfred A. K. e. r. Weisenfels, ist angeklagt, durch Fahrlässigkeit einen Radfahrer umgefahren zu haben, indem er an der Einmündung einer Nebenstraße nicht das Hauptrecht gegeben hat. Der Angeklagte behauptet, daß er strafbar gemacht zu haben, er auf der rechten Seite gefahren sei und gepußt hat. Der Zeuge ist aus der Nebenstraße gekommen und hat links unvorschriftsmäßig um die Ecke gebogen. Als er den Radfahrer kommen sah, hat er den Wagen sofort nach links gewendet, konnte aber nicht verhindern, mit dem rechten Vorderrad das Hinterrad zu überfahren. Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Amtsanwalt hatte 40 Mark Geldstrafe beantragt.

4. Der im Gerichtsgefängnis Mittern eingeleitete Hans B. 1905 geboren in Wilsdorf, ist beschuldigt, sich in Weißenfels verheiratet zu haben, ohne die gesetzlichen Voraussetzungen zu haben, und wird im Rückfall zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Forderungsbekämpfung ist Frau Beria S. Kanaandorf, angeklagt. Sie wird beschuldigt, auf dem Marktplatz in Weißenfels einen Regenfilm, der an ihrem Korb lehnte, an sich genommen zu haben, ohne sich zu bezahlen, um ihn dem Eigentümer wieder auszuliefern. Die Angeklagte wird freigesprochen.

5. Der Angeklagte T. Weisenfels, wird beschuldigt, eine Hausbewohnerin mit dem Hammer geschlagen zu haben. Er hatte deshalb ein Strafmandat von 50 Mark erhalten, wogegen er richterliche Entlassung beantragt hat. Er gibt an, daß die Zeugin seinen Tritten geschlagen habe. Er will bei dieser Gelegenheit dazwischentreten sein und die Frau, indem sie mit der Kopfweiche auf ihn eintraf, mit der Hand, in der er die Wille hatte, abgewehrt haben, wobei er die Zeugin verletzt haben kann. Durch Zeugenaussage wird durch das ärztliche Urteil ist nachgewiesen, daß der Angeklagte der Hammer geschlagen hat. Die Verurteilung wird verworfen.

6. Frau Marie L. hat gegen ein Strafmandat von 30 Mark wegen gewöhnlichen Zankunflertes Verurteilung eingelegt. Sie war von einem Konkurrenten Döring, Naumburg, zur Anzeige gebracht. Da die Rechtsmittel nicht gefällig sind, wird der Termin vertagt.

7. Der Makler Friedrich Landmann, Jorban, wird wegen Gewerbesteuer von Krankenschwestern und Erwerbslosengeldbeiträgen zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

8. Der Angeklagte Otto B. ist, weil er sich der Zuspätkommen entziehen hat, mit 30 Mark bestraft worden. Er führt an, daß er Zuspätkommen hat, weil nach ihm durch die Zuspätkommen keine Kinder geschädigt worden seien. Es wird ein neuer Termin anberaumt, um den Akt als Zeugen vorzubringen.

9. Der Angeklagte Karl R. Weisenfels, wird beschuldigt, bei einem Amsag einen Futterkasten und zwei Schweineerträge in Verwahrung genommen zu haben, die er später verkauft hat, ohne dem Eigentümer zu benachrichtigen. Die Gegenstände sind für 4 Mark verkauft worden. Der Angeklagte ist abgelehnt, weil er noch eine Forderung an den Zeugen hat. Der Angeklagte wird mit 35 Mark Geldstrafe bestraft.

10. Wegen ruhestörender Lärms ist der Angeklagte Herbert S. mit 50 Mark Strafe belegt worden, wogegen er richterliche Entlassung beantragt hat. Durch die Zeugenaussagen ist erwiesen, daß er ruhestörenden Lärm verursacht. Die Verurteilung wird verworfen.

11. Der Arbeiter Karl B. Weisenfels, wird beschuldigt, am 20. Juli 1924 verschiedene Geldstücke gestohlen zu haben. Er gibt die Tat zu und gibt an, daß er arbeitslos war und keine Unterstützung erhalten hat, weil er noch nicht 18 Jahre alt gewesen ist und noch drei Geschwister hatte. Der Vater war ebenfalls arbeitslos. Beantragt man einen Wechsel des Gefängnis in Strafbefreiung. Urteil: 1 Woche Gefängnis, Strafbefreiung soll geprüft werden. Kassenurteil!

12. Der aus der Untersuchungsgefängnis verurteilte Arbeiter Alfred W. ist wegen Diebstahls angeklagt. Er betrieht, sich direkt an dem Diebstahl beteiligt zu haben, er hätte sich bloß an dem Transport der Sachen beteiligt. Die Verurteilung wird verworfen. Der Angeklagte der Mittern überführt und wird unter Berücksichtigung mildernder Umstände mit 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungsgefängnis bestraft.

Dem Gemeindeführer in Rothenberga

Ein tüchtiger Beamter ist der Gemeindeführer Kompitz aus Rothenberga bei Gossa (Linne) Kreis Gartzberga. Folgender Vorfall, der sehr bedauerlich ist, schädert das Gemeindeführeramt dieses Dorfes.

Eine erkrankte Frau, die durch Familienverhältnisse obdachlos geworden war und wiederholt um Unterkunft bei diesem genannten Oberhaupt der Gemeinde suchte, erhielt vom Schulzen Kompitz die Antwort, sie sollte sich anfragen. In diesem Gebahren ist der Gemeindeführer zu Rothenberga geradezu großartig. Schon im Sommer 1924 hatte der Schulzen Kompitz dem Gemeindeführer (Arbeitler) einen Aufschub in dringlicher Weise in das Spritzenhaus der Gemeinde eingepreist. Beachtenswert bei diesem Vorgange ist, daß der Schulze als Amtsinhaber vorher verurteilt, diesen hatte, mit Bier zu trinken, wobei er sagte, daß dieser Arbeiter kurz vorher einige Strafe mit seinen Angehörigen sehr aufgesetzt war. In der Schilpe hatte sogar im Spritzenhaus die Stride (Leinwand) dem Gemeindeführer überlassen, woran sich dann auch der jetzt zurückgezogene Dito Gottschalk erhebt hat.

Wir glauben nicht, daß der Schulze Kompitz ein so tüchtiger Beamter für sein einkommensreiches Vorhaben annehmen sollte, bemerkenswert bleibt jedoch, daß er der Frau antwortete, die zu ihm sagte, sie wolle sich beim Landratsamt beschweren, das können Sie ruhig tun, da haben Sie in einem Jahre noch keine Antwort! Wo steht hier die Staatsanwaltschaft?

Der Kreistag für den Kreis Gartzberga

tritt am Donnerstag, dem 21. April, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaale des Kreisshauses in Köllde zusammen. Er behandelt folgende Tagesordnung:

1. Wahl von Schiedsmännern und Stellvertretern.
2. Wahl der Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

3. Wahl eines Amtsvorsethers für den Amtsbezirk Reinsdorf.
4. Antrag der Gemeinde Reinsdorf auf Aufnahme des im Zuge der Straße Nord-Westend-Weissenfels liegenden Teiles der Dorfstraße in das Kreisgebiet, Gewährung einer Kreisbeihilfe zur Neupflasterung in Höhe der Hälfte der entstehenden Kosten.
5. Festlegung von Kreisbeihilfen für die hauptberuflichen Ausgaben mehrerer Straßen in mehreren Gemeinden sowie Beschlußfassung über Aufnahme in das Kreisgebiet.
6. Antrag des Rentier Böhmischen Hausgrundstücks nebst Zubehör, Bahstraße 17 in Köllde, als späterer Amtswohnung für den Kreisrat.

Sozialdemokratisches aus dem Zeiger Kreis

Seit einiger Zeit haben wir im Zeiger Kreis einen sozialdemokratischen Vorstand. Dieser kommt, daß die SPD im Kreislag und im Kreisrat die absolute Mehrheit besitzt. Sie hat ihre Kraft in niemand die SPD in ihrem „praktischen“ Aufbau des Sozialismus, auch nicht in der verurteilten Kommunikation. Sie könnte wirklich praktische Arbeit leisten im Interesse der Proletariats. Aber was ist denn in dieser Sache gemacht worden ist und wie es in Wirklichkeit in dieser „roten“ Diktatur aussieht, das sehen wir an einigen Zahlen, die wir dem Verwaltungsrat des Kreises Zeiger einige Zahlen, die wir dem Verwaltungsrat des Kreises Zeiger schickten des Kreises Zeiger für das Kalenderjahr 1926 entnehmen. Dem Kreis Zeiger ist hauptsächlich aus Industrieerträgen zusammen. Beim Wohnungswesen heißt es, in den Gemeinden des Kreises waren am 31. Dezember 1926 510 Wohnungen zu verzeichnen. Das stimmt natürlich bei weitem nicht, auf dem letzten Kreislag mußten das auch die Vertreter der SPD, zugehen. 100 Verhandlungstermine sind erledigt worden. Beim

Mit 105 neuen Lesern

markiert die Drogengruppe Zeiger an der Spitze des gesamten Bezirks, ein mehrteiliges Beispiel für alle lebenden „Genossen“, „Klassenkampf“ jeder im Mansfelder Land, in der Bezirks-Gemeinschaft-Zustimmung, die, Krefeld, Wittberg, in Weisberg, Zeuna-Gebiet, tut Cure Pflicht!

100 neue Leser sind eine Kompagnie Mitkämpfer!

Wohlfahrtsamt heißt es: zwei neuangegebene Gebiete in Zeiger sind die Tätigkeit in den ihnen zugewiesenen Bezirken nicht aufzugeben. Die für diese Wohnungen vorhanden sind. Aus diesen Grunde müßten diese Bezirke von Zeiger mit bearbeitet werden. (St. das Sozialismus? D. B.)

Es sind 13 Gemeindeführer angelegt, aber fragt nicht, welche Wohnung sie haben.

Unterstützung

Es gingen im Jahre 1926 119 Wohnungen ein. Verheiratet: 37 Männer, 33 Frauen, 10 Kinder. 12 Männer, 11 Frauen. Verwitwet: 7 Frauen, 10 Kinder. 19. Es hatten ein eigenes Bett 75, ein besonderes Schlafzimmer und eigenes Bett 21, keines von beiden 17. Bei 6 wurden überaus gute Pfeffelmatten gemacht. Von diesen 119 sind im Jahre 1926 10 gefahren. In nur 18 Wohnungen wurde Milch abgegeben. Sechzehn erhielten Verzeirer. Auf Kosten der Hilfsvereine wurden im ganzen 6 in Pfeffelmatten untergebracht. In 10 Fällen wurden Pfeffeln zur Befahrung von Kleidung bewilligt. Aus dem Vorjahre wurden außerdem noch 120 Kranke übernommen.

Und bei diesem Stand heißt die SPD, einen Antrag der SPD, der bei dieser Arbeit nicht vorlag, einfach ab.

hat das noch etwas mit Sozialismus zu tun?

Kreisprüfungsamt

Es wurden 41 neue Fälle gemeldet. Hauptächlich Weiswäulen-

Mansfeld-Sangerhausen

„Frühlingsfest“

In Heilstadt ist jetzt ein Frühlingsfest „geblühen“. Am vergangenen Sonnabend und Sonntag herrschte ein ziemlich lebendes Leben und Treiben, obwohl es zuweilen wie Windstille regnete. Eine große Anzahl von Kindern und Familienbesuchern ist nach dem geliebten Mansfelder Lande gezogen, um dort ein gutes Geschäft zu machen.

Doch daraus wird wohl nicht viel werden. Die Arbeiter können nicht so tief in die Taschen greifen, um auch noch „vergnügte Stunden“ zu verbringen.

So haben denn am Sonnabend jung und alt vor dem Riesenzand und betrachtet es als ein Wunderding. In die flackernden, quieschenden Löwe der Orgel löste das Anrufen bunterger Magen und durch Frühlingsfesten hat man den Abend der Mansfelder Arbeiter auch nicht hinweggeschafft werden.

Eine gewisse Lust hat aber so ein Frühlingsfest doch. Besonders für die Jugend. Kneipe und Kino ist ja doch heuere als der Arbeit, in dem sie sich nur nach langer Weisheit noch hinein führen. Die Jungen hatten sich besonders gern im Bierpark auf. Dort hat man eine Jazzkapelle platziert, die zum Tanz aufspielte. Aber wenn am Abend die Buben ihre Mäher ausmachten und die Arbeiter wieder nach Hause traten, dann merkten sie wohl, daß alle Frühlingsstimmung für den Augenblick geboren war.

Montags begann das Eisenleben wieder in seiner gewohnten Form. Vor dem Stroh, in der giftig-schwärzlichen Säfte, an jedem Arbeitsplatz trat es den Arbeitern klar vor Augen, daß der wahre Frühlings für die Arbeiter erst dann anbrechen wird, wenn die SPD die Arbeiter in die Hände der Arbeiter führt.

Über diesen Frühlings werden wir nicht im Jazankampfe feiern, sondern dann stehen wir die roten Pfaffen auf die Arme und auf die qualmenden Schornsteine, damit sie weit ins Land hinein verflühen, daß wir geflohen haben.

In dieser Arbeit wird allerdings noch viel tun, damit wir so weit kommen, bis der Sieg der Arbeiter natürlich nicht mit Jazankampfen erlangen werden kann. Hier bringt uns nur die revolutionäre Tätigkeit der Arbeiter vorwärts.

Jeder einzelne muß sich dieser revolutionären Tätigkeit widmen, damit sie aus dem Wege zur Revolution weiter bringt.

„Daß es noch ein nationales Deutschland gibt ...“

will der Stahlheim am 8. März durch seinen Einzug in Berlin bezeugen. „Der Stahlheim will sich nicht absprechen lassen.“ „Der Stahlheim ist murr.“

In Heilstadt hat sich das „Eisenener Tagesblatt“ einen Heftartikel gegen den roten Frontkämpfer-Bund.

Die „Eisenener Lunte“ ist nicht das einzige Mittelblättchen, das damit für das Verbot des RFB, Propaganda treibt. Das tun alle bürgerlichen Blätter, die darum jetzt endlich aus den Arbeiterhäusern verbannt werden müssen.

Die Zeitung der Arbeiter ist der „Klassenkampf“.

7. Beschlußfassung über Verlängerung der Gültigkeit der Wertausgleichsverordnung.
8. Beschlußfassung einer Beihilfe von 700 Mk. zur gemeinschaftlichen Beschaffung einer Motor-Obstbaumspitze für die Kreise Gartzberga und Naumburg.
9. Beschlußfassung über die Beteiligung des Kreises an der Hochmehlverkaufsaktion 1926.
10. Beschlußfassung über bauliche Veränderungen in dem Saule Salzhöhe 7.
11. Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mk.
12. Entlassung der Rechnung: a) der Kreisparasse für 1925, b) der Kreisfinanzkassen für 1924.
13. Festlegung des Haushaltsplans: a) der Kreisfinanzkassen, b) der Kreisfinanzkassen für das Rechnungsjahr 1927.
14. Verwaltungsbüro für 1926.

und Müdigkeitsverminderung, die Folgen von Unterernährung. Aus dem Vorjahre wurden 56 übernommen. 77 Personen befanden sich in Anstaltspflege, und zwar 56 in Heilanstalten, 4 in Blindenanstalten, 3 in Waisenanstalten, 1 in einem Altersheim, 3 in Kinderheimen, 1 in einem Altersheim. Die übrigen derartige Unglückliche mögen außerdem noch nicht sein.

Säuglingsfürsorge: Von 1254 Kindern sind 57 gestorben.

Schulkindbefürsorge: Im Kreis finden von 48 Schulkindern nur in 23 öffentliche Unterweisungen der Kinder statt. In jedem Gemeindeführer wurde eine Heilung hilfsbedürftiger Kinder in der Gemeinde durchgeführt. 1 in einem Altersheim, 78 Kinder, die schwächlich waren und tuberkulös gezeichnet sind, in Heilanstalten untergebracht. Für zwei begabte Kinder wurde ein Vertrag zum Besuch einer höheren Schule bewilligt — wirklich große Auszeichnung wurde gegen 22 Kinder Strafantrag gestellt, weil sie aus Not gegen die heilige Ordnung verstoßen hatten, und waren 1 Beschuldigung, 17 Diebstahl, 1 Unterschlagung, 1 Betrug, 2 Sachbeschädigungen. Es wurden Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu vierzehn Tagen verhängt. Im ganzen befinden sich im Kreis 10 Kinder in Heilanstalten.

Im Kreis gibt es 256 Krippenbesuchende, 3 wanderten aus nach dem Kriege, 6 wurden die Renten entzogen — alles herrliche Sachen.

Es fanden 1926 in Fürsorge: 242 Waisen, 655 Halbweisen, 72 uneheliche Kinder, 47 Bollenweiser, 7 Kriegerkinder, 9 Empfänger von Altersheimen, im ganzen 1102 Personen. In 29 Fällen wurde Vorstoß zur Anschließung von Kindern, Begleitung von Rechnungen usw. beantragt, 7 davon wurde die Tür geschlossen. Es wurden 390 Sozial- und Kleintierunterstützungen, je besogen die Summe von 57 286,75 Mk. im ganzen Jahre. In der Stadt Zeiger bekommen 7 höhere Bezirke allein 70 441,50 Mk. Hier heißt es: „Sozialismus aufbauen.“

Die Erwerbslosenziffer war höher wie im vorigen Jahre. Sie betrug 2045, im vorigen Jahre dagegen 1008. Der Verwaltungsvertrag weist noch ungeheure Zahlen der Vererbung auf. Für heute genügt diese, um zu beweisen, wie wenig im Zeiger Kreis der notwendigen Beschäftigung in diesem Kreise getan werden ist. Von sozialistischer Aufbauarbeit ist ebenfalls keine Spur, trotz linker SPD, sozialdemokratischem Landrat und Mehrheit im Kreislag. Im Gegenteil, die Sitzung des Kreisrates hat bewiesen, daß die Sozialdemokraten jede Verbesserung des Orts im Interesse der nützlichen Bevölkerung mit Hilfe der Bürgerlichen abgelehnt haben.

Sozialdemokratisches aus dem Zeiger Kreis

Goslar, das seinem gegenwärtigen Wälen in Braunfels folgen wird. Während dieses Winters hat Karl Sanger in Berlin fünf Monate lang seine Erträge verzeichnen dürfen in dem festen Gebäude, wo er seine Siege früher davontrug, in Paris und London, in Wien und St. Louis und in Buenos Aires. Im 11. April werden die Goslarer die großen Schau anstellen. Hundert eckel Rassestiere werden ihnen entgegen, Herden von Gelfanten, Kameelen, Zebras und von sonstigem Getier, während geheimnisvolle Fahrzeuge hinter Gittern und in Wasserbehältnissen die Reiten und Besessenen des Meeres überbergen. Karl Sanger, der besten Verwechslung mit ähnlich klingenden Unternehmungen man sich hüten möge, wird keine Selbsttäuschung auf der Festweiche errichten. Es erhebt das größte Zirkusmeister-Kundheit, das es in Europa zurzeit gibt, mit einem Stallungsraum von 6000 Personen. Das gewaltige Stallungsvermögen erlaubt es, daß Sanger die anstehenden Pflichten, nach dem vollstimmigen Eintrittspreis anstellt. Die mit 60 Personen und einem mit 60 Personen, aber das ist der höchstpreis der wenigen Lege, während der Durchgang der Wäse kam über 2 Mark sich heraushebt. Und dazu zahlen Kinder des Nachmittags noch halbe Preise. Das sind die Zirkusunternehmungen, die reinste, schmerzvollste und schmerzhafteste Unternehmung sind, die reinste, schmerzvollste und schmerzhafteste Unternehmung sind, die reinste, schmerzvollste und schmerzhafteste Unternehmung sind.

Eisenbahn. Arbeiter-Radiobund. Am 8. April, abends 8 Uhr, findet im großen „Rothschilds“-Saale ein Radio-Verbot statt.

Leben. Arbeiter-Feindlicher Gehirt. Am 31. März fand hier ein Lichtbildkonzert vom Deutschen Verband Arbeiter-Feindlicher Gehirt. Der Gehirt Spellich seinen Saal dazu gegeben, was aber nur aus lauterem Wohlwillen geschah. So ähnlich, wie es mit den jungen Mädchen schon im Juli vorigen Jahres gemacht hat, machte er es diesmal wieder. Damals nahm er den Saal weg und gab ihm dem Stahlheim-Gitarre. Jetzt demühte er den Grund, es dürfen keine politischen Sachen gelehrt werden. Als während des Lichtbildkonzerts ein Bild von den Arbeiter-Feindlichen Gehirt und der Kreisleiter das Bild mit den Worten erklärte: „Ihr Kerle, wenn Ihr bis morgen nicht alle in den Arbeiter-Feindlichen Gehirt geht, dann seid Ihr alle entlassen“, zeigte Spellich seine „Arbeiter-Feindlichkeit“ und drehte im ganzen Saale das Licht aus. Arbeiter-Feindlichkeit für diese Sandlung. Karl Sanger waren bei Reichardt R. K. F. bei Kaufmann Sonne und bei Franz Bäumer. Er erhielt das Total von Spellich, der ein Feind der Arbeiter ist.

Waisenheim. Von Arbeiter-Feindlicher Gehirt. Am Sonntag, dem 3. April wurde hier der Arbeiter-Turn- und Sportverein wieder ins Leben gerufen. 20 Sportgenossen traten wieder bei. Als provisorischer Vorsteher wurde Friedrich W. Krieger gewählt. Die ersten Turnstunden finden Sonntag früh 10 Uhr in Wendts Hofe statt. Hoffentlich gelingt es rasch, das Waisenheim wieder zu einer guten Sache der Arbeiterbewegung zu machen.

